

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboptionspreis mit der vgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bringerstraße 21, II. Telefon 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Circulation: Bringerstraße 21. Telefon 1769.  
Gelehrte Zeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlate werden die 6gehaltenen Seiten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird doppelt gewährt. Vereinbarungen 20 Pf. Unterlate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1909.

20. Jahrg.

## Auf dem toten Punkt.

Ein Berliner Artikel der Kölnischen Zeitung fesselt den Finanzjammer nicht über. Man hört, so erzählt das rheinische Blatt, „ebenso wenig etwas von der Einbringung von Erbschaften für die abgelehnten Teile der Reichsfinanzreform, noch von der Einbringung eines erweiterten Erbschaftsteuergegesetzes mit der Besteuerung auch des Erbes der nächsten Verwandten als Ertrag für die wohl als erledigt angesehende Nachlasssteuer. Die Regierung scheint vielmehr ruhig abwarten zu wollen, daß die Finanzkommission eine Steuererhöhung bis zum Ende durchsetzt und dann vielleicht bei der zweiten Lesung die erforderliche Abänderung der Reichsbergschaftsteuergegesetz selbst vornimmt. Hierbei scheint sie sich nicht an den Umstand zu stützen, daß gerade bei den wichtigen Abstimmungen wieder die Abstimmung mit Stimmengleichheit vorausichtlich erfolgen wird und daß die in der Finanzkommission entstandenen Verhandlungen im Rahmen der ganzen Finanzreform möglichst vereinfacht wenigen brauchbar sind. Auch in parlamentarischen Kreisen herrscht eine Unentschlossenheit und Ratlosigkeit, die der im Regierungsklager nichts nachgibt. Zu der Finanzkommission, die Dienstag morgen in mehr als dreifündiger Sitzung tagt und schreibt drei Paragraphen des Brannweinsteuergegesetzes durchgelesen hat, hat man wenig Vertrauen und stellt Verhandlungen darüber an, wie lange Zeit wohl die Kommission noch auf die Durchsetzung der Steuergegesetze verwenden wird. Der Block schlägt den Schlaf des Gerechten. Kompromißverhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung werden nicht geführt. Die Regierung läuft auf die Initiative der Parteien, und die Parteien scheinen, und zwar mit Recht, zu denken, daß es Sache der Reichsregierung ist, die Verhandlungen über den toten Punkt zu bringen. Wer weiß, wie das alles noch enden mag!“

Fürst Bülow ergibt sich mittlerweile mit Deputationsanträgen und Telegrammendungen, in denen er immer wieder fordert, daß die Finanzreform eine große nationale Aufgabe sei und daß sie durchgeführt werden müsse.

In der Antwort auf eine Ergebnißabfrage der national-liberalen Reichstagsfraktion zu seinem 60. Geburtstage sagt Bülow: „Stärker als die Sorge um die sich türmenden Schwerlasten ist mir der tiefe Glaube an das deutsche Volk. Wir können und werden nicht daran zweifeln, daß wir die reichen Kräfte unserer Nation für unsere Staatswirtschaft besser nutzen und organisiert verhandeln. In dieser Bevölkerung werden wir unverzagt an dem begonnenen Reformwerk weiterarbeiten, und freue mich, dabei der Unterstützung der nationalliberalen Partei sicher zu sein.“

Vor einer Deputation aus Bamberg, wo Bülow Ehrenbürger ist, erklärt er, daß die Finanzfrage „eine Lebens- und Schicksalsfrage für das deutsche Volk“ sei und er sprach die Hoffnung aus, daß der „Gemeinnützige“ über die „Kurzfrist“, der „praktische Sinn“ über „blauäugere Doktrinen“, „Einfleiß“ über „Reichshaberei“ und „Eigenbedeute“ über „Parteischulen und Sonderinteressen“ siegen werde, noch ehe sich die finanzielle Verdrängnis „zu einer für unter Anreden in der Welt wie für die innere Festigkeit des Reiches verderblichen; nicht wieder gutzumachenden Schädigung auswirkt.“

In all diesen Kündgebungen steht ein offenes Wort gegen die Konseriativen und den Bund der Vaterlandspartei, kein Wort vor der Erbschaftsteuer! Und die vom Reichskanzler am 20. April selbst angekündigten Erfordernisse, die vom Reichstag noch vor den Sommerferien erledigt sein sollten, bleiben noch immer aus! Selbst der konseriative Reichsdeputat, der in der Frage der Erbschaftsteuer gegen die Mehrheit seiner Parteifreunde im Kampf steht, fühlt sich von der Regierung im Stich gelassen. Er schreibt:

„Als Welt blickt mit Kopfschütteln auf die Regierung, weil diese das alles ruhig hin nimmt und höchstens einmal sagt: Die Reform muß fertig werden. Das kann sie noch hundertmal sagen, und sie wird doch nicht fertig.... Die Regierung tut nichts, sonst könnte sie dem Reichstag ein Erbschaftsteuergegesetz laut einem Verzweigungssteuergegesetz vorlegen und sofortige Beihilfelaufschaffung darüber verlangen.“

„Lasst mich sich jetzt aus seinem eigenen Lager der Reichsfinanzier sagen lassen, der noch vor vierzehn Tagen gegen den Reichstag gehetzt hat, weil er nichts fertig bringt!“

## Ein Schreckstück.

Eins lieben erziehenden Korrespondenten stellt die Behauptung auf, daß Fürst Bülow bestimmt zurücktreten werde, wenn nicht bis Pfingsten unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Finanzreform im Sinne der Regierung erzielt sei. Von eingeweihten Kreisen im Reichstage wird die Richtigkeit dieser Meldung bestätigt; man ist auch allgemein davon überzeugt, daß es sich dabei bloß um einen leichten Schreckdruck handeln kann. Was dann geschieht, wenn die erhoffte Wirkung ausbleibt, ist keine natürlich noch nicht absehbare.

## Die Tabaksteuer.

In der Subkommission des Reichstages für Tabakbesteuerung beschloß eine aus Konseriaten, der Reichspartei und dem Zentrum bestehende Mehrheit folgendes: Zu den bisherigen Zollabgaben auf ausländischen Tabak wird ein Wertzuschlag von 30 Prozent hinzugefügt. Die Steuer auf inländischen Tabak wird auf 50 M. pro Doppelzentner erhöht. Grünwaren werden mit 45 M. pro Doppelzentner besteuert. Der erhöhte Grünwaren wird ein Wertzuschlag von 30 Prozent hinzugefügt. Die Regierung berechnet den Mehrbetrag für die Reichsfinanzie nach diesen Steuerzuschlägen auf 30 Millionen Mark jährlich. Der Abgeordnete

Müller-Hulda (Centrum) hat dagegen den Mehrbetrag auf 28 Millionen Mark berechnet.

## Die Weinsteuer.

Nach Erledigung der 1. Sitzung der Brannweinsteuer wird sich die Finanzkommission des Reichstages zunächst mit der Weinsteuer, und zwar mit dem Bericht der Subkommission beschäftigen. Die Vorlage der Subkommission geht dahin, von der Einführung einer Weinsteuer überhaupt abzusehen, insbesondere einer allgemeinen Fahneinsteuer nicht zu gestatten. Sieht man den Fall aber, daß die Hauptkommission sich doch für eine Brannweinsteuer entscheidet, dann die Steuer festgelegt werden für die halbe Flasche auf 5, für die ganze Flasche auf 5 Pf. Der Entwurf des Weinsteuergegesetzes neben dieser Weinsteuer auch eine Wertsteuer vor, die bei Weinhändlern im Werte von 20 M. ihren Höhepunkt erreicht. Der Kommission wird nun empfohlen, die Staffelung dieser Wertsteuer zu erweitern, und zwar so, daß Weine im Preis von 20 bis 35 M. pro Flasche 3 M., Weine bis 50 M. 5 M. und Weine zu einem Preise von mehr als 50 M. pro Flasche 8 M. Bushel zahlen sollen. Auf alle Fälle wird eine Einführung der Schaumweinsteuer vorgeschlagen.

Die Kommission hätte sich auch mit der Frage befaßt, ob es ausgängig sei, eine Steuer auf alkoholische Getränke zu legen. Nach einer oberflächlichen Berechnung hätte diese Steuer 8-9 Millionen Mark einbringen sollen. Die Subkommission entschied sich dagegen, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zolen, daß eine Steuer auf alkoholische Getränke vorgeschlagen werden soll, wenn die Weinsteuer angenommen wird. Sollte dagegen die Weinsteuer abgelehnt werden, dann sollte auch die Besteuerung der alkoholisierten Getränke unterbleiben.

## Preußische Politik unter Clemenceau.

Man schreibt uns aus Paris:

p. c. „Die Regierung scheint endlich aus ihrer lethargischen Aufzuhauen. Sie hatte alles ertragen. Sie beginnt das Gege zu anzuwenden.“ Mit diesen Worten begrüßt das Journal des Débats in seiner Dienstagsnummer den neuen Sturm in der Clemenceauschen Regierung. Nur ist er ja eigentlich nicht in der Tendenz, sondern in der Idioten Form. Wie berichtetet man über die Maßregelungen, die die Regierung im Anschluß an den 1. Mai unter den Postbeamten vorgenommen haben? Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Opfer, die sie ausgeschaut hat. Bis jetzt sind es nicht weniger als 52 Postangestellte, die vom Dienst suspendiert sind und vor dem Disziplinargericht erscheinen müssen. Gestern sind wieder zwei dazukommen, denen vorgeworfen wird, daß sie sich respektlos gegen die Regierung ausgetragen hätten. Die offiziellen Telegraphendienste, die Agence Havas in Frankreich, das Postfiscus-Bureau in Deutschland, wissen über „schwere Infubordinationen“ zu berichten. Diese „Infubordinationen“ bestehen meistens darin, daß der Angeklagte vielleicht die Internationale gefangen hat oder Nieder mit Syrien! Rieder mit Clemenceau rief. Die Regierung begnügte sich aber nicht nur damit, unter den Postbeamten Eritre zu halten: in Rouen ließ den Genossen Ward, der vor einigen Monaten zum Schatzmeister der Confédération Générale du Travail gewählt wurde, verhaften, und den Sekretär der Arbeiterbörse von Rouen ebenfalls, weil sie in der Maiertagung die Regierung beleidigt haben sollten. Mittwoch in der Nacht ließ die Polizei Ward aus dem Bett heraus holen. Ganz klar ist der Zweck, den Clemenceau mit diesen Maßregeln verfolgt, nicht: bei den Arbeitern hat er nichts mehr zu verlieren, das mehr er und danach handelt er auch. Aber er hat kein Interesse, im eigenen radikal Lager im letzten Tage vor den großen Wahlen eine Spaltung herbeizuführen: und daß man sich auf der radikalen Seite nicht weniger als einig ist über die Notwendigkeit des neuen Repressionsmaßregeln, ist aus den Ausschreibungen einzelner radikaler Blätter deutlich hervor. Außerdem gewinnt Clemenceau auf der anderen Seite die Gemüthsart und sogar einen Teil der völlig Radikalfaction für sich, so daß er die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielen kann. Von der Wahrung demokratischer, republikanischer oder gar revolutionärer Traditionen darf man schon gar nicht mehr sprechen: es gibt nur noch Wohlinteressen, und die Regierung sucht die ihrigen nicht auf der Seite der aufstrebenden Massen, nicht einmal im Lager der radikalen Witte, sondern drüber bei den finanziell Grobbourgeoisie. Der gilt es freude zu machen: ihr zu Ehren wurde der neueste Kurs eingeschlagen.“

## Ein neuer Post- und Telegraphenbeamten-Ausstand?

Paris, 5. Mai. Der gestrige Beschuß der Bahnpostbeamten, sich mit den disziplinarisch bestrafenden Normen solidarisch zu erstaunen und im Streit einzutreten, sobald das Komitee das Zeichen gibt, bedeutet eine Kriegserklärung gegen die Regierung. Trotzdem hält das Kabinett bis jetzt noch die scharfe Melhöhe gegen die Beamten aufrecht. Es scheint, daß die Regierung es auf eine neue Kraftprobe ankommen lassen will, und doch zieht sich diesmal besser vorgesetzten hat als im März. Etwa hundert Soldaten sollen in aller Stille in den Elementen des Postdienstes unterrichtet worden sein; einige hundert Telegraphisten sind seit Mittwoch in der Bedienung der Hughes- und Bowditch-Applikate gefaßt worden. Rund hundert überzählige Telephonlinien werden auf Anstellung. Außer den Stationen für drahtlose Telegraphie sollen viele laufende Briefkästen bereit gehalten werden. Dazu herzest sich auch die private Organisation vor, dem Staate zu Hilfe zu kommen. Das Haushaufel allein kann zweitausend im Postdienst geschulte Beamte zur Verfügung stellen; andere große Firmen sind zu ähnlichen Diensten bereit.

Zwischenzeitlich scheint die Regierung geneigt, den der Beamtenchaft verhassten Unterstaatssekretär Guérin fallen zu lassen. Wenigstens hat Minister Barthou die anderen Minister erzählt, daß das Post- und Telegraphenministerium betreffenden Schriftstücke in Zukunft nicht mehr an das Unterstaatssekretariat der Posten und Telegraphen, sondern direkt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu richten. Bleibt Guérin aus diesem Erlass die Konsequenz, zu demissionieren, so würde die morgige Unterredung mit der Abordnung der Beamten vielleicht zu einer vorläufigen Einigung führen.

## Das Recht auf Arbeit.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 2. Mai 1909.

Die Arbeitsexpertin fordert dafür, daß die Frage der Arbeitslosigkeit das Parlament nicht zur Ruhe kommen läßt. Die Arbeiter fordern eine erträgliche Lösung des Problems und die Regierung weist ihnen den Stein der faszinierenden Arbeitsbeschaffungsbüroaus aus, deren Einführung die Thronrede ankündigte. Auf diesen Höhepunkt antwortet die Arbeiterpartei mit der Forderung der gesetzlichen Einführung des Rechts auf Arbeit. Am Freitag stand die zweite Leistung der Arbeitslosen-Bill der Arbeiterpartei auf der Tagesordnung des Unterhauses. Die Vorlage ist im wesentlichen dieselbe wie die, welche in der vorigen Sitzung im Unterhaus abgelehnt wurde. Sie besteht aus zwei Teilen; der eine legt den Arbeitern die Verpflichtung auf, jedem willigen Arbeitgeber entweder lohnende Arbeit zu verschaffen, oder ihm und seiner Familie die Mittel zu einer anständigen Existenz zu sichern, während der zweite Teil die nötige Verwaltungsmittel sowie die finanziellen Maßregeln vor sieht, welche den Behörden zu erfüllen sind.

Die diesjährige Vorlage weicht aber doch in einer Reihe nicht unwichtiger Punkte von der vorjährigen ab. So wird das Recht auf Arbeit jetzt auf solche Personen beschränkt, welche sich sechs Monate in der betreffenden Branche aufzuhalten haben und welche willig sind, den letzten sechs Wochen entweder gänzlich arbeitslos oder höchstens ein Drittel der in der Branche üblichen Arbeitsstunden beschäftigt gewesen sind. Eine viel wesentlichere Änderung ist die, daß in der gegenwärtigen Bill die Klausel weggelassen wird, welche die Bezahlung von Gewerkschaftslöhnen an die so behördlich beschäftigten Arbeitslosen vorschreibt. Dafür ist jetzt die Einführung einer Abprämie, welche auch die Vertreter der Gewerkschaften in Zahl schließen muss, vorgesehen, welche die jeweilige Zahl zu zahlenden Löhnen festzusetzen hat. Die Vornahme dieser Änderungen ist höchst bedeutsam, weil sie zeigt, daß die Arbeiterpartei wirklich die Hoffnung hegt, durch Konzessionen in den Einzelheiten die grundlegenden Bestimmungen der Vorlage dem Parlamente annehmbar machen zu können.

Die Gegner haben die Vorlage dadurch zu diskreditieren versucht, daß sie als die Hauptforderung des organisierten Sozialismus denunzierten, in denen sie die brauen, nichternen Arbeitervertreter gekallen seien. Deshalb war es ein guter Schachzug von Seiten der Arbeiterpartei, daß sie die Bill gerade von solchen ihrer Mitglieder begründen und unterführen ließ, welche sich nicht zum Sozialismus bekennen. Einer der Hauptredner ausgenommen der Bill war sogar ein Mitglied der liberalen Arbeitersgruppe, welche als Gruppe — zu der sie gehören — die Dauer des gegenwärtigen Parlaments formal auch noch 13 Vertreter der Bergarbeiter — die Bill auch offiziell unterstützt. Nur ein einziger ausgewählter Sozialist, nämlich George Macdonald, ergriff diekmal das Wort. Aber gerade deshalb muß die Debatte bei ausländischen Sozialdemokraten an Interesse gewinnen.

John Hodges, der Vertreter der Sozialisten, begründete die Vorlage. Er führt aus, daß nicht bloß die Labour Party, sondern alle Arbeiterschaften und Verbündeten der organisierten Arbeit, wie der Trade-Union-Kongress und der Gewerkschaftsverband, hinter der Bill ständen. Während der Jahre 1896 bis 1905 haben die britischen Gewerkschaften nicht weniger als 21,5 Prozent ihres Einkommens in Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder bezahlt, und die Zahl wird noch steigen in dem Maße, wie die Unternehmerhönde die Interessen von Kapital und Arbeit unversöhnlicher machen werden. Es werde oft behauptet, daß die Interessen von Kapital und Arbeit identisch seien. Er kann aber doran nicht glauben. Es scheint ihm, daß die heiligen Rechte des Eigentums immer zuerst kommen, daß aber auf die menschliche Maschine seine Rücksicht genommen werde. Nur das Prinzip des Rechts auf Arbeit löse das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, und die Arbeiterpartei wird so lange nicht ruhen, bis die Degradation, das Elend und die Hoffnungslosigkeit, welche die Arbeitslosigkeit erzeugt, ein Ding der Vergangenheit sein werde.

John Ward, Vertreter der Erdarbeiter und Mitglied der liberalen Gewerkschaftsgruppe, sagte, daß die Arbeitslosigkeit ein dauerndes und sehr periodisches Nebel sei. Die regelmäßige und ständige Arbeitslosigkeit beträgt zumindest 5 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, oder 250 000 Männer; und wenn wir dasselbe Verhältnis auf die unorganisierten Arbeiter ausdehnen, die doch ebenfalls unter viel unsicherer Arbeitsverhältnissen leben, so ergibt sich, daß es in England beträgt, auch in den besten Zeiten, 750 000 arbeitslose Männer. Nur ein Arbeiter, der selbst in einer solchen Lage gewesen, könnte begreifen, was es heißt, arbeitslos und langsam das Pfaster zu treten. Solche Arbeitslosen auf das Gesetz von Un-

gebot und Nachfrage oder irgendeinen anderen Grund für einen sterbenden politischen Ozean zu verweisen, ist grausamer, als ihm in die Totenammer schließen. Wir leben in einer abflüssigen Gemeinschaft, und jeder Bürger derselben sollte das Recht haben, zu leben und einen Teil des von der Arbeit erzeugten Reichtums zu haben.

Die hauptsächlichsten Kämpfer der Vorlage waren diesmal wieder der Aach-Arbeitervertreter Maddison, der aber längst jede Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft gelöst hat, sowie der Arbeitsminister John Burnand. Auf die Argumente dieser Redner brauchen wir nicht einzugehen, denn sie waren vor einer Wiederholung jener schlechter Sozialistendoktrin, die wir schon bei der Besprechung der vorjährigen Vorlage gesehen haben.

Die Abstimmung ergab, daß die Vorlage mit 228 gegen 115 Stimmen in zweiter Lesung abgelehnt wurde. 115 Stimmen für eine solche Vorlage sind ein Erfolg, auf den die Arbeiterpartei stolz sein darf, denn er zeigt, daß nicht nur die Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsgruppe, sondern auch nicht weniger als 67 bürgerliche Abgeordnete — Radikale und Frei — für die Bill gestimmt haben. Aber obgleich die Mehrheit gegen die Bill seit der vorigen Session von 167 auf 113 Stimmen gesunken ist, ist es doch ziemlich klar, daß sie den Gipfel ihrer "Populärität" im Unterhaus bereits erreicht.

Bei einer fünftägigen Abstimmung werden sich kaum mehr Stimmen zu ihren Gunsten auftragen lassen. Auch die Arbeiterpartei wird zu der Erkenntnis kommen, daß die Vorlage keine "praktische" Regel ist in dem Sinne, daß man ihre Annahme durch eine Regierung und ein Parlament, die auf Kapitalisteninteressen Rücksicht nehmen müssen, jemals erwarten könne, solange sie die Garantierung des Rechts auf Arbeit in sich schließt. Aber trotzdem wird die Aktion für die Bill energisch weiter betrieben werden. Ihre erzieherische Wirkung auf die Massen ist schon bisher ungedeckt gewesen. Und auch "praktisch" hat sie große Erfolge erzielt. Was die Negierung an Sozialreformen bisher geleistet oder versprochen hat, ist in eicher Linie auf die Arbeitslosen-Aktion der Arbeiterpartei zurückzuführen. Ihr ist auch der demokratische Charakter des diesjährigen Budgets sowie die Ankündigung der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung zu danken.

## Internationale Gewerkschaftsbewegung.

II.

In Schweden stieg die Mitgliederzahl um 47½ Proz. Gangenweise ist diese Steigerung in den letzten zwei Jahren, wie beträgt 104 000 Mitglieder. Lohnbewegungen waren recht zahlreich, 71 182 Arbeiter waren an 1180 Konflikten beteiligt. Bei dem in Schweden vielfach vorhandenen Kollektivverträgen galt bisher die Praxis, daß während des Bestehens des Vertrages weder Streik, Aussperrung, Boykott noch Sperrre zugelassen sind. Die nun entstandenen Arbeitgeberorganisationen wollten sich jedoch das Recht der Sympathieausperrungen wahren, dem sich die Gewerkschaften widersetzen. Schließlich bestimmten die Gewerkschaften, daß ohne Anerkennung an den bestehenden Verträgen Sympathieausperrungen und Sympathiestreiks zugelassen sein sollen.

In Norwegen ist durch weitere Zentralisation einzelner Verbände eine Mitgliedszunahme von 50 Proz. zu verzeichnen. Das Jahr war reich an Arbeitskonflikten. Der bedeutendste unter diesen ist die Ausperrung von 5000 in der Papier- und Zelluloseindustrie beschäftigten Arbeitern gewesen, der bald nach dem doppelten Umfang angenommen hätte, wenn nicht durch die Initiative des Ammanns in dem Distrikt der Kampf beigelegt worden wäre. Die Arbeiter erreichten eine Lohnsteigerung von 300 000 Kronen jährlich. Die Arbeiterschaftsregierung verfolgte in ihren minimalen Anfangen, dagegen sollte den Arbeitern ein Zuschlagsgebot deutlich liegen. Angedenken beschert werden.

Die Gewerkschaftsbewegung in Finnland ist sehr jung. Tatsächlich. Die meisten Verbände entstanden in den Jahren 1905 bis 1907, nachdem es gelungen war, durch den großen Nationalstreik die Hindernisse zu beseitigen, die die Organisation der Arbeiter entgegenstanden. Bis dahin befanden die Arbeiter daselbst unter Verbündeten noch Verhandlungsrecht. 1907 ist dann erst die Landeszentrale ins Leben gerufen worden. Nach der amtlichen Statistik sind die Konflikte für die Arbeiter mit recht großem Erfolg gekrönt gewesen; 72 Proz. endeten zugunsten der Arbeiter, 28 zugunsten der Arbeitgeber.

Deutschland hat in den letzten Jahren relativ die stärkste gewerkschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. 186 000 neue Mitglieder wurden aufgenommen, von denen allerdings nur 52 824 den Organisationen treu blieben. Aber auch die Arbeitgeberorganisationen haben in den letzten drei Jahren riesige Fortschritte gemacht. Statistische Erhebungen über Streik und Aussperrungen werden von den Landeszentralen nicht geplätszt. Nach den amtlichen Erhebungen haben 308 Arbeitseinheiten und 21 Aussperrungen in 3300 Verträgen festgestellt; die Zahl der beteiligten Arbeiter beträgt 274 891. Die mit vollem und teilweise Erfolg für die Arbeiter beendeten Streiks stellen 67½ Proz. aller Aussperrungen dar. Angriffsstreiks waren 80% Proz. Die Einführung von Tarifverträgen nimmt stetig zu und kommt u. a. durch diese 235 622 Arbeiter Arbeitsschaffungen erreicht werden. Auf sozialpolitischen Gebieten wurden einige Verordnungen der Regierung zum Schutz der Arbeiter in Papier- und Zelluloidfabriken erlassen, auch ist eine sozialpolitische Sektion im Handelsministerium gebildet worden, der eine Reihe großer sozialpolitischer Aufgaben zugeschlagen sind.

In Ungarn hatte die Gewerkschaftsbewegung unter einer reaktionären Regierung stark zu leiden; ein Gehindegesetz und ein Eisenbahngesetz verbietet jegliche Koalitionsbestrebungen dieser beiden Arbeiterklasse. Auch im allgemeinen wurde das Vereins- und Streirecht der Arbeiter eingemengt. Die Regierung genehmigte einfach die Statuten der Gewerkschaften nicht und löste obendrein 400 Sektionen auf. Darauf wurde eine große Abwendung der Arbeiter verursacht. Das Unternehmertum ist ein übrigens zur Wiederaufstellung der Gewerkschaften; die Zahl der Aussperrungen stieg um das Doppelte, während die Zahl der Streiks infolge der Wirtschaftskrise um 164 zurückging. Wenn trotz dieser schweren Verhältnisse noch durch Streiks und Kollektivverträge für die Arbeiter Arbeitsverbesserungen geschaffen werden konnten, so spricht das immerhin für einen steigenden Einfluß der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben.

Kroatien-Slawonien zeigt noch keine streng durchführte Zentralisation. Der Arbeiterbewegung stellen sich wegen der schwachen Schulbildung (48 Proz. Analphabeten) große Schwierigkeiten in den Weg. In acht Centralverbänden sind 4000 Mitglieder organisiert.

Im Serbien ist nur ein schwacher Aufschwung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl zu verzeichnen, so wurden 543 Mitglieder gezählt. Von den Streiks waren 14 erfolgreich und 15 erfolglos. Von Bulgarien ist der große Generalstreik des Eisenbahner, an dem sich 3500 Personen, nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte, beteiligten, besonders hervorzuheben. Der Streik endete, nicht zuletzt durch die finanzielle Unterstützung des internationalen Gewerkschafts, mit vollstem Erfolg. Sonst zeigen die Streiks dort eine Abnahme. Die Organisation der Staatsbeamten gewinnt dort täglich an Boden; ein Bund der Post- und Telegraphenbeamten wurde gegründet.

In der Schweiz stieg die Mitgliederzahl um 14% Proz. Streiks wurden besonders um Verkürzung des Arbeitszeit gestrichen. Eine private Aussperrung über Streiks verzeichnet 183 Streiks, 437 Lohnbewegungen ohne Streiks und 14 Aussperrungen.

Italien zeigt eine starke Steigerung der Vorbearbeiterorga-

nisation. Ueberaus zahlreich waren Streiks. Auf die Landwirtschaft entfielen 238 Streiks mit 184 187 Streitenden, auf die Industrie 2041 Streiks mit 269 827 Streitenden. Die Annahme der Streiks wird auf das Erwachen des Klassebewußtseins der Arbeiter zurückgeführt. Durch die kraftvolle Propaganda der Arbeiter fühlte sich die Belegschaft gezwungen, wichtige Arbeiterschutzegekte einzuführen, darunter die Abschaffung der Nacharbeit in Fabriken.

In Spanien sieht es mit der Gewerkschaftsbewegung immer noch sehr dürrig aus. Eine namhafte Organisation besteht eigentlich nur in Madrid. Die Anarchisten, die zwar stark abgewirtschaftet haben sollen, können mit ihren Sonderorganisationen doch immer noch die Entwicklung einer kräftigen Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland standen wir wohl an dieser Stelle übergehen, da wir sie als bei den Deutschen befreit voraussehen dürften. Nur so viel sei bemerkt, daß unsere Gewerkschaftsbewegung nunmehr auch in der absoluten Mitgliederzahl auf der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung markiert. Der übersichtliche deutsche Bericht wird den ausländischen Arbeitgeberverbänden gewiß ein treffendes Bild von unseren fehlerhaften Gewerkschaftsorganisationen geben, und unsere Errichtungen dürften gewiß manchen Vorbildswert haben. Wenn dann in die internationale Berichterstattung eine größere Einheitlichkeit gebracht wird, dann wird aus der gewiß sehr schwierigen Arbeit der Zusammenstellung der einzelnen Berichte durch den internationalen Fortschritt des internationalen Proletariats ergeben.

## Abdul Hamids Ersparrisse.

Das türkische Parlament hat den Beschuß gefaßt, das in freunden Banken deponierte Vermögen Abdul Hamids mit Beschuß zu belegen. Auch die eingeflochtenen Eigentumsanträger aller Länder werden die Rechtmäßigkeit und die Notwendigkeit dieses Beschlusses nicht bestreiten können. Abdul Hamid hat in den langen Jahren seiner Herrschaft das osmanische Reich und seine Bewohner bestohlen und beraubt. Die fabelhaften Reichtümer, die er angehäuft hat, in den Staatsbesitz zu nehmen, heißt sie ihren Eigentümern wieder zurückzuführen.

Die Meldung, daß ein Teil des Raubes bei deutschen Banken hinterlegt sein soll, hat das B. T. veranlaßt, einige Banken und Bankfirmen zu befragen, wie sie sich gegen eine Aufforderung zur Herauszugabe verhalten würden. Die Direktion der Dresden Aktiengesellschaft, daß ihr Institut keine Depots des Sultans habe, daß sie für den Fall des Vorhandenseins solcher Depots sich weigern würde und müsse, Auszahlungen an die türkische Regierung zu leisten. Sie glaubt, daß der an sich gewiß gültige Beschuß der Konfiskation sich nicht auch auf das im Ausland angelegte Vermögen erstrecken kann, da in der gewaltfamen Entthronung kein Rechtsgrund für die Erlangung der von dem Sultan als Privatmann hinterlegten Millionen liegt.

Das Bankhaus Mendelsohn & Comp., die Bank des Jaren, scheint bei ihrer Auskunft stark an ihre russischen Verbindungen gedacht zu haben. Entgegen der Meinung der Dresdner Bank zweifelt der Vertreter dieser Firma nicht daran, daß der Sultan beträchtliche Summen auf ausländischen Banken hinterlegt habe. Ob Abdul Hamid ihr Geschäftsfreund war, wird nicht angegeben; sie hält zunächst den Sultan allein für berechtigt, die von ihm deponierten Gelder abzuhaben. Allerdings könnten Umstände eintreten, die einen Dritten berechtigen, Depots abzuheben. Als solche werden die Fälle der Einwidrigkeit und des Erfolgs erwähnt. Die Firma gibt den Banken den Rat, auf etwaige Aufforderung der türkischen Regierung nicht einzugehen. Zu einer Herausgabe des Depots wäre es notwendig, daß das deutsche Auswärtige Amt bestätige, daß tatsächlich die jetzige Regierung des Türkei in die Rechte des Sultans eingetreten ist.

Eine andere deutsche Bank, die nicht genannt sein will (also wahrscheinlich die Deutsche Bank), erklärt, daß es sehr schwierig, wenn nicht überhaupt unmöglich sei, von Berlin aus ein Urteil über den Beschuß der türkischen Kammer abzugeben. Slati sei freilich, daß die jetzige türkische Regierung Liegenschaften der früheren Regierung konfiszieren könnte, ob aber auch das Privatvermögen in den Banken, erachte sehr fraglich. Präzedenzfälle liegen nicht vor.

Der gewiß nicht revolutionäre Gedanke verdächtigt Professor Dr. Bornhardt, der Staatsrechtler an der Berliner Universität, äußert auf die Anfrage des B. T. eine Meinung, die den Banken entgegensteht; er ist, aber den Begrug hat, klar und zuverlässig zu sein. Der frühere Sultan hat unter der früheren Regierung sein Vermögen bei den Banken deponiert. Jetzt kommt eine neue Regierung und beschließt: das Vermögen wird beschlagnahmt. Dagegen läßt sich nichts einwenden und unterschreibt. Denn daran, daß der neue Sultan ordnungsgemäß gewählt ist, kann gar kein Zweifel sein. Die Filialen der ausländischen Banken in Konstantinopel werden also einfach die Depots des Sultans auszahlen müssen. Tun sie es nicht, kann der türkische Staat auf die Auszahlung klagen werden, oder aber, er kann sich des Geldes mit Gewalt bemächtigen.

Zweiterhand ist, daß Professor Bornhardt daran erinnert, daß Preußen im Jahre 1889 mit dem König Georg von Hannover etwas Ähnliches getan habe. Auch Preußen habe damals sein Vermögen, natürlich nur soweit es sich in Preußen befand, beschlagnahmt. Allerdings habe der preußische Staat dem König Georg sein Geld nicht direkt genommen, sondern nur gesperrt und ihm das Verfügungsrrecht entzogen. Die Jungfrauen werden nicht nur mit dem Eigentum gleich die auf den Namen Abdul Hamid deponierten Gelder beschlagnahmt als es Preußen mit dem Vermögen des Königs von Hannover tun konnte, sondern auch das wiedererlangte türkische Gut besser verwenden als es Preußen mit dem Welfenfonds tat.

Die türkische Verfassungsrevision.

Konstantinopel, 5. Mai. In der fortgesetzten Verhandlung der Deputiertenkommission über die Verfassungsrevision wurde besonders über das Recht des Sultans verhandelt, die Kammer im Falle eines Konflikts aufzulösen, sowie über das Recht der Deputierten, Gesetze einzubringen und über die Dauer der Session zu bestimmen. G. J. Deputierte verlangten, daß die Kammer permanente.

Konstantinopel, 5. Mai. Der Präsident teilte ein Schreiben des Generalinspektor Schawat Pasha mit, wonach die abgesetzten Deputierten Ismail und Mustafa, beide Mitglieder der liberalen Union, einen Aufstand in Albanien geplant haben. Die Kammer überwies die Angelegenheit einer Kommission.

Der Präsident gab ferner bekannt, daß der Großwesir auf Ersuchen Schawat Paschas die Kammer aufforderte, ein Friedens- und Streitgesetz fertigzustellen, da der Belagerungsfeldzug anstand und die Waffen erhoben werden könnten. Der Großwesir teilte ferner mit, der Sultan werde den Eid auf die Verfassung vor dem Parlament nach der Schwurinitiation ablegen. — Dann segte die Kammer die Verfassungsrevision fort.

Konstantinopel, 5. Mai. Der heute erlassene Hatt-i-Sunnat über die Ernennung des Großwesirs und des Scheich ul Islam wiederholte die Versicherung der Festigung der Verfassung entsprechend dem Scheriat.

Das neue Kabinett.

Konstantinopel, 5. Mai. Das neue Kabinett, das heute vormittag gebildet wurde, besteht folgendermaßen zusammen: Großwesir Hilmi, Inneres Herib, Krieg Salih, Neuherr Rifaat, Justiz Hakkı (bis jetzt Vorsitzender in Rom), Bergwerke und Forsten Toraundumhan, Handel Aristide (bis jetzt Abgeordneter). Unterricht Ahmet (bis jetzt Walli von Brüssel). Marine Ali Pitsel, Scheich ul Islam Said Molla, Staatspräsident Reshid Ali. Der jugendliche Abgeordnete Davud wird Unterstaatssekretär der Finanzen, Aristide Unterstaatssekretär des Neuherrn.

## Hinrichtungen.

Konstantinopel, 4. Mai. Morgen früh soll wieder eine zweite Anzahl Hinrichtungen, man weißt von sieben, vorgenommen werden. Die ganzen wurden höchstens von Leidenden bedienten, wie sie die bereits Schenkten trugen, heißt, doch steht nicht fest, daß diese alle nur für die Verhandlung in Konstantinopel bestimmt sind.

## Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hatte sich am Mittwoch mit einer recht halbtagigen Tagessitzung über die Haftung des Reiches für seine Beamten an die Justizkommission. Der Gesetzentwurf sieht die Erfüllung einer vor zwei Jahren vom Reichstag angenommenen Resolution dar, geht aber in vielen Beziehungen lange haggen. Gelegenheit, auf diese Mängel des Gesetzentwurfs hinzuweisen.

Dann wurde in dritter Lesung die Zivilprozeßnovelle beschlossen. Debattiert wurde fast ausschließlich nur über einen Antrag des Zentrumabgeordneten Schmidt-Warburg, der eine Ausdehnung der Bestimmungen über die Gewährung des Amtsrechts verlangte. Der Grundgedanke des Antrags war der gleiche, den unsere Genossen bereits in der Kommission durchsetzen wollten. Leider vergeblich. Auch der jetzige Bericht des Abg. Schmidt-Warburg gelang nicht. Schuld hieran trägt der größte Teil der Freisinnsmänner, die unter der Führung zweier Juristen, der Herren Dove und Dr. Alblau, das Gesetz zu Fall brachten. Nur der alte aufrichtige Dr. Krämer war es, der, nur von wenigen seiner Freunde unterstützt, auf die Seite der demokratischen Rechtsverteidiger trat. Für unsere Partei griff wiederholtermaßen Schmidt-Warburg aus, um sich entschieden für den Antrag einzutragen. Am übrigen wurde die Novelle mit unverhältnismäßigen Änderungen angenommen.

Das Gesetz über die Sicherungen der Bauarbeiter, angenommen wurde debattlos ohne jede Aenderung in dritter Lesung verabschiedet. — Am Donnerstag sieht der Antrag des Zentrumabgeordneten Speck über die Mühlenumlaufsteuer auf der Tagessitzung.

## Die Ausbebung der Münchenslöhne.

Die neue Befreiungsreform schließt auch die Offiziere ein, und befürwortet sollen die Gehälter der Subalternoffiziere eine wesentliche Erhöhung erfahren. Von sozialdemokratischer Seite ist schon vor zwei Jahren verlangt worden, daß man auch die Löhne der Soldaten aufzustellen müsse. Damals wurde der Antrag zwar abgelehnt, aber diesmal wurde in der Budgetkommission erklärt, daß die Soldatenförderung eine Erhöhung erfahren solle, und zwar war die Mehrausgabe auf 20 Millionen M. veranordnet.

Mit Rücksicht auf die Finanzreform ist man nun dazu abgekommen, einen Nachtragsetat einzubringen, der die Genehmigung dieser 20 Millionen Mark verlangt. Unter besonderen Umständen kann leider nicht darauf gebracht werden, daß die Soldaten noch in diesem Staatsjahr die großdringend notwendige Aufbesserung ihrer Löhne erhalten.

Die zweite Versammlung der preußischen Berggesetzstelle wurde am Dienstag abend fortgesetzt; im Vorfeld wurden die Beschlüsse der ersten Sitzung bestätigt. Das Zentrum vertritt die Sicherheit des Bergbaus und die Voraussetzungen für die Wahlfähigkeit der Sicherheitsmänner zu verbessern. Es drang nicht darum, daß der Bergbauberechtigt ist, der ein Jahr Bergarbeit verrichtet hat; es steht vielmehr dabei, daß der Wähler ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk beschäftigt gewesen sein muß. Dagegen wurde die ununterbrochene dreijährige Grubenarbeit auf dem Bergwerk als ununterbrochene einjährige und zweijährige auf gleichartigen Gruben desselben Bergbaus gedeutet. Im Übrigen bleibt es den Beschlüssen erster Sitzung mit der nationalsozialistischen Verschärfung der Sicherheitsmann fünf Jahre höher getreten sein muss, während es vorher genügte, fünf Jahre unterbrochen, davon zwei Jahre als Bauer, beschäftigt zu sein. Der Arbeitgeber soll sich von den Sicherheitsmännern gewöhnt werden. Auf 500 Mann Bergleute soll ein Mitglied entfallen. Ein Zentrum-Antrag, statt 500 800 zu setzen, wurde abgelehnt.

Die Befahrung der Gruben soll einmal im Monat erfolgen. Ein Antrag, dreimalige Befahrung zu beschließen, wurde abgelehnt. Bei der Befahrungslaufung über die außerordentlichen Befahrungen, ob nur eine nochmalige oder mehrere, ob der gewählte Arbeiter ausdrücklich oder nur von den Arbeitern gewählter Mitglieder beschäftigt oder darüber beschäftigen sollen, und ob der Unternehmer die entsprechende Befahrung verweigern darf, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. — Es wurde eine Subkommission eingesetzt, die in der nächsten Sitzung berichten soll.

Das Recht der Unternehmer, Arbeiterschutzmöglichkeit zu erneuern, ist nicht befürwortet worden. Nur die Wehrhaftigkeit der Mitglieder muß von den Arbeitern gewahrt werden.

## Der Reichstag bei den Russenschiffen.

Die Mitglieder des Reichstages waren für Mittwoch vormittags zu einem Besuch der Russenschiffereinrichtungen in Tiefenbach eingeladen. Mehr als 200 Abgeordnete aller Parteien hatten der Einladung gefolgt. zunächst wurde eine Funktion mit Telefongespräch besichtigt. Dann wurde eine Funktion mit Telefongespräch besichtigt. Schließlich rückte eine Aufsichtskommission ein, die im Zeitraum von 15 Minuten einen Balkon zum Aufzug fertig machte. Das größte Interesse rief zum Aufzug vollkommen fertig machen. Das größte Interesse rief zum Aufzug vollkommen fertig machen. Major Groß meinte, daß wegen des starken Windes ein Aufzug nicht angebracht sei, daß der Balkon noch wenigen Minuten wieder herabgesetzt werden müsse. Noch ist ihm, wie Major Groß vorausgesagt hatte, nicht möglich, wenn den außerordentlich starken Wind aufzutunnen. Zum Balkon wurde noch eine fahrbare Treppe vorgezogen, aus der den Abgeordneten Gruppenkette und Staffe gehoben wurde. Die Suppe wurde allgemein gelobt, weil ja die Herren Abgeordneten eine solche Suppe nur einmal ganz ausnahmsweise vorgesetzt bekommen.

Major Groß benutzte die Gelegenheit, um das Ungezüglich mit dem Russischen zu verbinden. In einer außerordentlich geschickten Rede erläuterte er den Abgeordneten die Unzulänglichkeit der Balkonhallen, und die Scherlpresse meinte bereits zu merken, daß dem Balkon eine Nachtragsetat zugestellt werden werde, in dem die Errichtung einer neuen Russenschiffshalle gefordert wird. Damit wäre die vorübergehende Gruppenkette allerdings sehr teuer bezahlt.

## Im Dienste Wallins.

In der russischen Grenze in Osspreien gibt es für eine russische Auslandskontrolle. Hier werden sie untersucht, und sie erhalten nur dann die Erlaubnis zur Weiterfahrt, wenn sie im Besitz der nötigen (nicht kleinen) Summe sind, um die Eisenbahnfaht, die Verpflegung und die Schiffslatte nach Amerika zu bringen. Die Abreise ist auf den 1. August festgesetzt.

Die Russen bringen die Handelsangebote, die sie erhalten, auf die entsprechende Reisezeit.</p

zählen zu können. Das ganze Unternehmen ist eine Begünstigung der großen Schiffsgeellschaften Wallin und Genossen. Diese unter die armen Auswanderer auf Grund dieses Systems, das die deutsche Regierung aufgestellt hat, nach allen Regeln der Kunst zu Wiederholung sind Rassen, die nicht einwandfrei Papiere haben genug besessen, von den Kontrollstationen nach Ausland zurückgeführt werden, wo sie mitunter der Hinterer erwartet hat. Andere leben sich um diesen Schleier zu entziehen, aus der Kontrolle des Lebens genommen.

Heute wird bekannt, daß Agenten einer neu gegründeten, in Deutschland nicht lizenzierten Schiffsreederei, der Nordwestreederei, deren Schiffe von Rotterdam auslaufen, in Ozeanen tätig sind, um die Ausländer zu verarbeiten, nicht die Kontrollstationen und die Ballinfähre, sondern ihre Linien zu bewegen.

Der preußische Minister des Innern hat sich sofort veranschlagen, hiergegen einzuschreiten; er hat die Polizeibehörde und das Zoll- und Stationspersonal der Eisenbahnverwaltungen auf diese Vorfälle aufmerksam gemacht und sie angezwungen, ihr Augenmerk auf die Güter der Auswanderertruppe zu richten und eventuell mit aller Stärke und Energie gegen sie vorzugehen. Das Justizamt in Cöln schreibt:

"Man wird diese Maßnahme des Herrn Ministers schon aus dem einfachen Gesichtspunkte der notwendigen Durchführung des Gesetzes billigen, dann aber auch in Rücksicht darauf, daß die Wirkung des Gesetzes über den Auswanderertrupp durch Preußen — somit hygienische Propaganda in Frage steht — nicht ausreichend ist. Ganz abgesehen davon, daß unsere großen deutschen Schiffahrtsgeellschaften, die selbstverständlich allen Anforderungen des Gesetzes entsprechen, durch diese heimliche Durchwanderungsgänge erheblich geschädigt werden."

Das also ist des Pubels Kern. Damit den Wallin und Genossen nicht der Profit entgehe, wird die Jagd auf die armen Auswanderer veranstaltet.

#### Die Rechtslosigkeit ausländischer Ausbeutungssysteme.

Vor einigen Tagen ereignete sich auf dem Bahnhofsvorplatz in Berlin-Buchholz folgender Vorfall: im Gutsbesitzer drang in Begleitung zweier Gendarmen in einen Wagen vierten Klasse ein, in dem sich eine Anzahl polnischer Landarbeiter und -arbeiterinnen befanden. Mit dem Ruf: "Maus, raus mit euch!" stürzten sich die Gendarmen auf die vom Gutsbesitzer bezeichneten Landarbeiter und zerrten mit Gewalt auf den Bahnsteig. Der Vorarbeiter, den der Gutsbesitzer aus leicht begreiflichen Gründen nicht mit zurückführen wollte, stellte den Gendarmen vor, daß nicht alle Arbeiter kontraktmäßig geworden seien, wie der Gutsbesitzer behauptet, sondern daß sie den Dienst verlassen hätten, weil der Gutsbesitzer seine kontraktlichen Pflichten nicht einhielt. Der Gutsbesitzer verzogte den Vorarbeiter am Weiterfahren, indem er ihn mit einem Revolver bedrohte. Die Gendarmen beglossen sich die Weisungen des Gutsbesitzers, und merkwürdigweise ließ auch der Bahnhofsvorsteher gegen die Urheber dieser brutalen Szene nichts eingewenden, sondern unterstützte den Widerstand des vor Aufregung laut schreienden polnischen Arbeiters, die vergebens protestierten.

#### Der Kampf gegen die Dreiklassenmaut — großer Aufzug...

Hannover, 5. Mai. Die Wahlrechtsdemonstrationen, die am 1. Januar d. J. nach vorangegangenen Verhandlungen stattfanden und in der Theaterstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei führten, beschäftigen heute die Strafkammer des Landgerichts Hannover. Die Angeklagten Heinemann, Zimmermann, Pfeiffer und die Brüder Union und Fritz Günther erhielten wegen groben Ungehorsams 5 Tage, die anderen 1 Woche Haft. Werner wurde als Angeklagter Zimmermann des Widerstandes für schuldig befunden, begangen gegen den Polizeiinspektor Sachse, sowie des Aufzugs und wurde deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 8 Wochen verurteilt. Dagegen wurde Zimmermann von der Anklage der Aufforderung zu einer strafbaren Handlung freigesprochen.

Massenderurteileungen zur Konkurrenzierung der preußischen Dreiklassenmaut werden den Kampf gegen das Unrecht gewiß nicht aufhalten.

#### Ein mißglückter Aufruhrprozeß.

Am 31. Januar d. J. stand in Königswberg i. Pr. eine eindrucksvolle Strafdemonstration statt, von der die Polizei völlig überrascht wurde. Als vierzehn Tage darauf eine Versammlung stattfand, witterte die Polizei wieder Strafdemonstrationen, die aber gar nicht geplant waren. Die Polizei hatte die umfassendsten Vorbereitungen zur Unterdrückung der Demonstration getroffen. Da die Polizei zufrieden war, kam es an diesem Tage zwischen dem Publikum und der Polizei zu Zusammenstößen. Letztere zog in ihre Aufstellung, legte blank und hielt blindlings auf die fliehenden Menschenmassen ein. Dann wollte sie einen russischen Maurer an einem Aufruhrprozeß verhelfen. Er sollte die Massen zu Gewalttätigkeiten gegen die im Dienste befindlichen Beamten aufgefordert haben und auf Grund des Aufruhrparagraphen bestraft werden.

Dienstag stand der Mann vor Gericht. Er mußte frei gesprochen werden, da ihm durchaus nichts Strafbares nachgewiesen werden konnte. Die Polizeibeamten, die ohne Urtheil auf das Publikum eingehauen hatten, waren natürlich nicht angeklagt, sondern traten gegen den Angeklagten als Zeugen auf.

Zog die neueren Handelsverträge die deutsche Industrie schwer geschädigt haben, weist auch der Bericht der Generaldirektion für das Jahr 1908 nach. Es heißt darin: "Auf die Schwierigkeiten, mit denen unsere Industrie infolge der für Deutschland wenig günstigen Handelsverträge der letzten Jahre für ihren Export zu kämpfen hat, ist hier schon oft hingewiesen worden, und leider haben die neueren und neuesten Verhandlungen auf diesem Gebiete für uns keine Besserung gebracht. Vielleicht erscheint Deutschland eigentlich immer als der den Forderungen der anderen Ländern hinzu gehende Teil, der es seiner, durch die sozialen Gesetze (!!) dem Ausland gegenüber ohnehin ungünstiger gestellten Industrie überträgt, sich mit der geschaffenen Lage abzufinden. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn der Export nach manchen Ländern fast ganz aufgehört hat und nach andern nur auf Kosten des Geschäftsgewinnes gegen die ausländische Konkurrenz noch aufrecht erhalten werden kann."

Es liegt ein Stück Text darin, die schädigenden Wirkungen der Handelsverträge mit den sozialen Gesetzen in Verbindung zu bringen. Die Generaldirektion scheint sich der Tendenz hinzugeben, daß „Automobiltempo“ auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung habe Deutschland vielleicht zu dem „in der Welt voran“ gebracht.

Die Berichte über die Tätigkeit der Reichskommission für das Auslandswesen im Jahre 1908 sind dem Reichstag übereingegangen.

Wir entnehmen Ihnen, daß in dem genannten Jahre im ganzen 1908 Deutsche ausgewandert sind. Befordert wurden davon 18 722 über Hamburg und Bremen, der Rest über ausländische Häfen. Die weit überwiegende Mehrzahl von ihnen, 17 951, ging nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die deutsche Auswanderung in 1908 ist die geringste gewesen seit 1871. Im Vorjahr noch hatte die Zahl der Auswanderer 31 600 betragen. Das bisherige Minimum war in 1901 mit 22 073 erreicht gewesen. Neben die Hälfte der Auswanderer, nämlich 10 983, kamen aus dem Königreich Preußen. Das größte Kontingent stellten die Provinzen Brandenburg mit Berlin, Posen, Hannover und Rheinland. An ausländischen Einwanderern wurden im Jahre 1908 über deutsche Häfen 106 409 Personen befördert, davon 41 895 über Hamburg und 64 804 über Bremen.

Zu der Beratung über das Elementarschulwesen im preußischen Abgeordnetenhaus, die nach Erledigung des Statutarvertrages eingestartet ist, erhielt die Polizeibehörde und das Zoll- und Stationspersonal der Eisenbahnverwaltungen auf diese Vorfälle aufmerksam gemacht und sie angezwungen, ihr Augenmerk auf die Güter der Auswanderertruppe zu richten und eventuell mit aller Stärke und Energie gegen sie vorzugehen. Das Justizamt in Cöln schreibt:

"Man wird diese Maßnahme des Herrn Ministers schon aus dem einfachen Gesichtspunkte der notwendigen Durchführung des Gesetzes billigen, dann aber auch in Rücksicht darauf, daß die Wirkung des Gesetzes über den Auswanderertrupp durch Preußen — somit hygienische Propaganda in Frage steht — nicht ausreichend ist. Ganz abgesehen davon, daß unsere großen deutschen Schiffahrtsgeellschaften, die selbstverständlich allen Anforderungen des Gesetzes entsprechen, durch diese heimlichen Durchwanderungsgänge erheblich geschädigt werden."

Das also ist des Pubels Kern. Damit den Wallin und Genossen nicht der Profit entgehe, wird die Jagd auf die armen Auswanderer veranstaltet.

Die Verwaltung in Wilhelmshaven nahm die Kündigung zahlreicher verheirateter Arbeiter zurück; sie wird das Gehalt des Arbeiterausschusses an das Reichsmarineamt, der Werft in Wilhelmshaven mehr Aufträge zuzuwenden, untersagen.

Deutsche Meisenbe in China ermordet. Dr. Robert Brunhuber, einer der jüngst verhafteten Flüchtlinge in Rheinland-Westfalen, hat sich im Auftrag des Berliner Tagesschreibers nach China abgeben, um von dort aus eine Reise nach Tibet zu unternehmen. Wie nun berichtet wird, sind Dr. Brunhuber und auch sein Begleiter, Dr. Schmitz, in China ermordet worden. Dr. Brunhuber war bei den letzten Reichstagswochen der Regierungskandidat unseres Genossen Scheidemann im Wahlkreis Solingen und vereinigte eine immerhin recht beträchtliche Stimmenzahl auf sich. — Dr. Brunhuber hat sich schließlich in einer Artillerieabteilung der Reichsflotte mit dem Sozialistenauswahlrecht angemeldet. Brunhuber wußte Verhältnisse für das Problem, ohne doch über seinen Nationalitätsbewußtsein hinzukommen. Seine Kritik gab unser Genosse Bernhard Kutsch, in einer Redensart zu antworten, in der vor allen Dingen Brunhubers Verhüllungen auf Steinheim zurückgewiesen wurden.

Meine politischen Nachrichten. Ein der radikalsten Partei angehörendes Mitglied des französischen Marineunterrichtsausschusses stach sich zu einem Mitarbeiter der Liberté sehr abfällig über die gegen die Gesellschaft Schneiders "Crusade" angeordnete militärische Verfolgung aus. Schön jetzt könne man sagen, daß die Folgen der von der Regierung so leidlich und „ohne jeden ernsten Grund“ getroffenen Maßnahmen für die französische Industrie unverhinderbar seien. So hätten bereits mehrere fremde Staaten, darunter Spanien, Österreich und Italien, mitsch in Frankreich Geschäftszweige bestellt, welche Beziehungen zu französischen — Nach einer Meldepunktung aus Tschubaschel, am 1. Juni zum Tode verurteilt, wurde am 3. Juni zum zweiten Male zum Tode verurteilt, und nur die Vollstreckung des Urteils befreite ihn davon, am 9., 10., und 15. Angestellter in anderer Prozesse zu sein. Andrei Gerasimow wurde am 3. Juni zum Tode verurteilt, am 5. freigesprochen, am 10. nochmals zum Tode verurteilt, u. u. u. Im Prozeß der Siebziger Organisation wurden bei 32 Angeklagten gegen 24 — 4 Todesurteile gefällt! In Polen wurden während der Aufsiedlung des Kriegsgerichts gegen 22 Personen — 23 Todesurteile gefällt!

Man kann so in einem oder zwei Fällen das Todesurteil gegen eine und dieselbe Person aufheben, um es im dritten Falle zu bestätigen. Nach diesem Motto finden Bequemlichkeiten zu genügen. Nach diesem Motto findet es fast gar keine... Der Humanität wird Gelegen gezeigt, während der Genosse seiner Opfer verliert.

Petersburg, 5. Mai. Die Reichsregierung nahm in nicht öffentlicher Sitzung die Regierungsvorlage an, die das Rentenkontingent für 1909 auf 456 635 Mann festsetzt. Die Abstimmung dauerte bis 2 Uhr nachts.

ansetzt, daß das Kapital aus dem Lande herausgedrängt werde, so fragt ich, wohin soll es denn gehen? In Deutschland, das sich im vollen Genuss eines neu geschaffenen, wissenschaftlich begründeten Sozialstaats befindet, sieht sich der Finanzminister einer Lage gegenüber, mit der vergleichbare Georges' Aufgabe beinahe eine Einkommenssteuer für die Zukunft vor, während die Vereinigten Staaten einen neuen Sozialstaat herausschaffen und sich zugleich einen beträchtlich höheren Debit gegenüber befinden, als Großbritannien je aufzuweisen hätte. Redes Kulturland der Welt befindet sich zurzeit unter dem doppelten Druck der Kriegsrüstungen und der sozialen Reformen und vor der Notwendigkeit, neue Steuerquellen zu erschließen."

London, 5. Mai. Im Unterhaus wurde eine Kommission von 25 Parlamentsmitgliedern ernannt, die die Regierung bei der Organisation der Luftverteidigungsunität des Landes unterstützen soll.

#### Niedersachsen.

Die Todesstrafe in Niedersachsen. Die Frau, ein Mitglied des feindlichen "Proletariats", der 15 Jahre in der führenden "Antora" verlebt, schreibt in der juristischen Zeitschrift "Pravo", wie die Kriegsgerichte in Niedersachsen arbeiten:

"Das Karentum Polen war auch in dieser Beziehung ein Laboratorium, eine Versuchsanstalt für Russland, in der die 'Rüstungsexperimente' ausgeführt wurden, die hierauf auf das ganze Reich ausgedehnt wurden.

In der ganzen Welt wird die Ansage auf Grund des gemeinsamen Anfangsmaterials formuliert, und das Urteil des Gerichts umso familiärer vertheilt. ... In Polen besteht eine vollkommen andere Ordnung. Hier wird jede Person für jede Anklage besonders abgesondert und vor einem Prozeß zum Tode verurteilt worden ist, sonst in einem anderen Prozeß zur Antora verurteilt oder gar freigesprochen werden. Ernst Eickel, am 1. Juni 1904 zum Tode verurteilt, wurde am 5. Mai in einem anderen Prozeß zu 12 Jahren Haftstrafe verurteilt. Stanislaus Tschubaschel, am 1. Juni zum Tode verurteilt, wurde am 3. Juni zum zweiten Male zum Tode verurteilt, und nur die Vollstreckung des Urteils befreite ihn davon, am 9., 10., und 15. Angestellter in anderer Prozesse zu sein. Andrei Gerasimow wurde am 3. Juni zum Tode verurteilt, am 5. freigesprochen, am 10. nochmals zum Tode verurteilt, u. u. u. Im Prozeß der Siebziger Organisation wurden bei 32 Angeklagten gegen 24 — 4 Todesurteile gefällt! In Polen wurden während der Aufsiedlung des Kriegsgerichts gegen 22 Personen — 23 Todesurteile gefällt!"

Man kann so in einem oder zwei Fällen das Todesurteil gegen eine und dieselbe Person aufheben, um es im dritten Falle zu bestätigen. Nach diesem Motto finden Bequemlichkeiten zu genügen. Nach diesem Motto findet es fast gar keine... Der Humanität wird Gelegen gezeigt, während der Genosse seiner Opfer verliert.

Petersburg, 5. Mai. Die Reichsregierung nahm in nicht öffentlicher Sitzung die Regierungsvorlage an, die das Rentenkontingent für 1909 auf 456 635 Mann festsetzt. Die Abstimmung dauerte bis 2 Uhr nachts.

#### Letzte Telegramme.

##### Hortwurth.

Berlin, 6. Mai. Der Hof. König schreibt: "Die Neue Gesellschaftsliche Korrespondenz behauptet, daß der Reichstagster hält, daß Bülow beabsichtigt, seine Demission zu geben, falls bis zum Pfingstfest nicht eineklärung der finanziellen Situation des Reiches in der Richtung der Grundlinien seiner Politik erfolgt sei. In dieser Form findet die Meldung an aufständischer Stelle keine Bestätigung. Bekannt sei nur, daß der Kämpfer den Gedanken ernstlich in Erwägung zieht, von seinem Amt zurückzutreten, falls das Zustandekommen der Finanzreform definitiv ausgeschlossen werden sollte. Da er jedoch jetzt einen äußersten Termin für die Entscheidung festgelegt habe, entspricht nicht den Tatsachen. Daß der Kämpfer jetzt nicht daran denkt, die Künste ins Horn zu werfen, oder durch einen Machtkampf den Kampf vorzeitig abzubrechen, darüber haben seine letzten Aussagen keinen Zweifel gelassen."

##### Die französischen Polizei- und Telegraphenbeamten.

Paris, 6. Mai. Die Humanité veröffentlicht einen Aufruf des Ausschusses des Syndikats der Polizei- und Telegraphenbeamten, in dem erklärt wird, daß dieser am 2. Mai eines militärischen Streiks entlich ist, um die Rechte und Rechte der Beamten zu schützen. Der Streik wird am 2. Mai beginnen, während der Kämpfer keines seiner Opfer verliert.

Tanger, 6. Mai. Sämtliche europäischen Kaufleute hielten eine Versammlung ab, um gegen die ihnen vom Rücken in den Weg gelegten Schwerterleger Einspruch zu erheben. Den Vorlig führten Angehörige aller Signatarmächte der Algaridat. Ein französischer Adelstal hielte eingehend die Lage der in Marocco amtierenden europäischen Kaufleute und solch wie mit dem Wohl der Kaufleute beschäftigen, zeigt sich auch in Tanger. Die Wölfe für die Kaufleute sorgten vor hier zu unerträglich geworden, daß der Wohlstand sich verschlechtert habe, bereit einen Kaufleute im Industrieviertel anzulegen, der jetzt im April beginnen würde. Weit über hundert Gewerbetreibende haben hier abgewichen werden.

England.

London, 5. Mai. Unterhaus. Auf einer Anfrage Novakows, ob die Admirallität vor zwölf Monaten von dem britischen Marineminister in Berlin ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die deutschen Behörden Vorbereitungen zu machen, um die Ausführung des Marinetausbaus zu beschleunigen und daß die Hafenstadt auf 250 000 Quadratmeter Land zu erweitern, auf dem mit dem Bau städtischer Wohnhäuser begonnen werden soll. Der Plan ist bereits fertiggestellt. Die Ausdehnung genommen sind zunächst 75 Wohnhäuser, die aber nicht nach einem Schema gebaut werden, sondern es sollen 25 verschiedene Häuserarten zur Ausführung gelangen. Es ist eine Gartensiedlung, die hier geplant ist. Die Gesamtzahl der Wohnungen beläuft sich vorläufig auf 288.

Wie notwendig es ist, daß die Siedlungsverhältnisse sich mit dem Bau von Wohnungen beschäftigen, zeigt sich auch in Berlin. Die Wölfe für die Kaufleute sorgten vor hier zu unerträglich geworden, daß der Wohlstand sich verschlechtert habe, bereit einen Kaufleute im Industrieviertel anzulegen, der jetzt im April beginnen würde. Weit über hundert Gewerbetreibende haben hier abgewichen werden.

Buenos Aires, 6. Mai. (W. Z. B.) Die Ausländer in Argentinien gehörten eben eine Kundgebung und griffen die Straßenbahnwagen an. Ein Soldat gab Feuer und erschoss einen der Ausländer, während ein anderer verwundet wurde.

##### Blutige Auslandskämpfe.

Düsseldorf, 6. Mai. Ein Verein der Automobilclub Germania, in dem sich fünf Herren befanden, fiel auf der Oberkasseler Seite an das Auto eines Poggers und verschoss. Drei Männer konnten sich über Wasser halten und wurden gerettet, die beiden anderen wurden von der Stromung unter den Wagen getrieben und ertranken.

Das weitere Verlauf der Sitzung wurde die Budgetdebatte fortgesetzt.

Neuauith erklärte: "Im gesamten Budget steht nichts, was sich nicht mit einer gelungen Finanzpolitik und der nationalen Entwicklung in Übereinstimmung befindet. Was Balzauß Erklärung

fortwährt.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

# IV. Wahlkreis.

Sonntag den 9. Mai

## zum 60jährigen Gedenktag der Dresdner Mai-Revolution gemeinschaftl. Ehrung an den Gräbern der Maigefallenen.

Gresspunkt:

Bezirke der inneren Neustadt: Früh 9½ Uhr in den Bezirkslokalen.  
Landbezirke: Früh 9¾ Uhr in Miedels Restaurant, Schönbrunnstraße.  
Mickten und Umgegend: Früh 9½ Uhr im Feldschlößchen zu Radek.  
Pieschen: Früh 9½ Uhr in der Börse, Leipziger Straße.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

## Sozialdemokr. Verein Dresden-A.

Sonntag den 9. Mai, vormittags 9½ Uhr

### Zusammenkunft

der Bezirke 1 und 5 im Volkshaus, 2 und 3 in Adams Restaurant,  
4 und 6 in Regels Restaurant, Freiberger Platz.

Bon dort gemeinsamer Gang nach den Friedhöfen

### zur Ehrung der Maigefallenen von 1849

Der Vorstand.

#### Sozialdemokratischer Verein für den 6. lächlichen Reichstagswahlkreis.

Festspiel-Schafferei: Eßlein, Engelsbrücke 77 G. L.  
Festspiel, Dresden-Mickten 376. Sonnabend, 8. Mai, abends 9 Uhr.

Gesang: Weinfest vom 8. Mai  
1. Uhr und 3 bis 6 Uhr. Dienstag  
bis 7 Uhr abends.

#### Bezirk Deuben u. U.

Sonnabend den 8. Mai, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung für die Orte Gohlendorf und Somsdorf im Restaurant zur Eisenbahn in Gohlendorf. Tagesordnung: 1. Soziale Probleme der Gegenwart. Ref.: Genosse H. Liebscher. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Verwaltung.

#### Bezirk Döhlen, Weissig, Zaukerode.

Sonnabend den 8. Mai, abends 9 Uhr, im Gasthof zu Niederhermsdorf: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Beratung des Organisationsstatus der Partei. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Genossen und Genossinnen werden erneut zahlreich in der Gemeinde zu erscheinen. Der Vorstand.

#### Deutscher Transportarbeiter-Verband Dresden

Sonntag den 7. Mai, abends Punkt 10 Uhr, im Volkshause Waisenstraße 13, 1.

#### Mitglieder-Versammlung der Droschken- und Automobilfahrer.

Tagesordnung:  
1. Unsere Forderungen an die Arbeitgeber. — 2. Debatt. — 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Nur organisierte Kollegen haben Zutritt.

Sonnabend den 8. Mai, abends 9 Uhr, im Kleistiger Hof Kleistigerstraße 70.

#### Öffentliche Versammlung der Käufcher, Marktsteller, Bader usw. von Johannstadt und Striesen.

Tagesordnung:  
1. Vortrag. — 2. Gewerkschaftliches. — Debatt.

Sonnabend den 8. Mai, abends 9 Uhr, im Gasthof zum alten Kloster, Leubnitz-Neuostra.

#### Öffentliche Versammlung der Käufcher, Marktsteller und Arbeiter von Strehlen, Leubnitz-Neuostra und Umgegend.

Tagesordnung:  
1. Das Ergebnis der Lohnbewegung und welche Lehren ziehen wir daraus? — 2. Gewerkschaftliches. — Debatt.

Die Mitglieder aus obigen Bezirken werden dringend erachtet, in diesen Versammlungen recht zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

#### Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelarbeiter u. -arbeiterinnen

Freitag den 7. Mai, abends 6½ Uhr, im großen Saal des Dreikästner-Hofs in Löbau

#### Öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:

- Der gewerbliche Arbeitsvertrag und die Frau in der Industrie. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Binder, 2. Bürgermeister in Löbau.
- Der Koalitionsrechtstaub der Firma Promada & Jäger Nach. Waffelarbeiter.
- Gewerkschaftliches.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller Betriebsangehörigen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer,

#### Schade's Restaurant Sporitz.

Morgen Freitag

#### Grosses Schlachtfest

#### H. Schurigs Restaurant

14 Stiftstraße 14

#### Grosser Mittagstisch.

Freitag: Schlachtfest.

Verkehr-Lokal der Metallarbeiter.

#### „Silberquell“, Potschappel

Sonnabend und Sonntag

#### Gr. Schweinbrämenboule.

#### Brauchen Sie

eine

#### gutgehende Uhr?

Dieselbe erhalten Sie bei

H. Lorenz, Schöffergasse 4

neben Herzsch.

#### Frühlings-Fest

befehlend in Gartenbesitzlung, Reisefahren und BALL

Anfang nachmittags 3 Uhr.

Alle umliegenden Bundesvereine sind freudig eingeladen.

Das Komitee

#### I. Concertina-Verein, Kötzschenbroda.

Freitag den 7. Mai, im Gasthofen Gohler Bier in Kötzschenbroda

#### 3. Stiftungsfest

befehlend in Konzert und Ball.

Einfahrt 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Gute, durch Biertheit geführte, sind herlich willkommen!

Ter Vorstand

#### Sparverein zur „Frohen Schicht“.

Sonnabend den 8. Mai: Tanzvergnügen. Untergasse 7/8.

Um sofreien Nachmittag unter T. G. G.

#### Rauch! Hadzi-Boja-Cigaretten

#### Bekanntmachung.

Die Geschäftigkeit ist ab 1. Mai wie folgt festgelegt: Bis außer Sonnabends von früh 8 Uhr bis mittags 1 Uhr, nach von 3 bis 5 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Sonntags freiwillig.

Der Vorstand der Gemeins. Ortskrankenkasse Coswig u. Nachb.

#### Praktischer Ratgeber

#### für den

#### Sächsischen Steuerzahler.

Ersäuterung des Einkommensteuer-Gesetzes und Ausleitung zur richtigen Deklaration und Reklamation

Mit zahlreichen Beispielen, Formularen und der neuen Steuerab.

Von Emil Nietsche.

Günstige Auslage. — Preis 30 Pfennig. Zu beziehen durch die Volksschulhandlung, Dresden, Brüderstr. 2.

#### Grosses Schlachtfest!

Freit. früh 8 Uhr: Weinfest, später

fr. Wurst u. Fleisch. W. Fisch, Bauernbr. Straße 75 B.

Schweinefleisch 75 Pf. Rindfleisch 65 Pf.

#### Hutblumen

und Ranken von 30 Pf. 4 M. Kleine Gründerstr. 8.

#### Carmi- und Reversefarben

Werkführer ev. Verarbeitung reicher Erholung in der Herstellung

dicker Arznei bei schweren Leidern.

Flüssig. Ausführ. Anwendung mit Wasser der Univers. unter K. M.

6882 an Rudolf Monat, Köln, erbeten.

#### Fleischhalle

Groß-Schlachtw., Birnstraße 8 u. Laubegasse, Röderstr. 16.

Rindfleisch 60—70, Schweine-

filet 70—80, Kalbfleisch 75—80.

#### billige Butter, 2 Pf.

1.20 M. Ewald Franke, Brüderstr. 9/10.

Druck und Verlag: Raben & Sonn, Dresden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Groß, Dresden-Neugrund.

Verantwortlich für den Interessenrat: Reinhold Eichler, Dresden.

Druck und Verlag: Raben & Sonn, Dresden.

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 102.

Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1909.

20. Jahrgang.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Konservative Angelpolitik.

Die sächsischen Konservativen leben ihre taktischen Winkel, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen für die Ebanholzsteuer unter gewissen Vorauflösungen und zuletzt einen und über einzuhalten, fort. Wie schon geschehen mitgeteilt, ist jetzt auch der konservative Verein zu Dresden in die Wahlen dieser Angelpolitik eingeschwungen. Auf einer Generalversammlung dieses Vereins wurde dem Bunde der Landwirte in der Erbbausteuergesetzgebung eine Abfrage erstellt. Paul Wehner, der natürlich auch in diesem Verein die erste Stelle mit spielt, betonte unter anderem in der Verhandlung, von den deutlichkonservativen und freikonservativen Parteien zusammengekommen, dass die Hälfte der bekannten sächsischen Standpunkte zur Steuerreform. Die Reichsregierung habe in der Steuerreform keine leise Hand gehabt, wahrheitlich werde eine Wertzuwachssteuer und Ebanholzsteuer kommen. Solle jedoch die Wertzuwachssteuer, dann würden die Konservativen als Erstes den Vorschlag des Dresdner Oberbürgermeisters Beutler aufnehmen, nämlich die Erhebung einer Besitzwechselabgabe für das Reich und als Erhöhung einer Ebbung der Belastung der Existenzgeschäfte. Eine Vomung der Finanzreform müsse unbedingt in den nächsten Wochen erfolgen, wenn Deutschland nicht an moralischem Ansehen im Auslande verlieren soll. Die Frage einer Reichstagsaufstellung und eines Konkurrenzels heute aufzumerken sei unzweckmäßig, da vornehmlich weder auf dem einen noch auf dem anderen Wege unter den obwaltenden Verhältnissen die Schwierigkeiten gelöst werden könnten. Schließlich wurde einstimmig die schon mitgeteilte Regelung angenommen, die erläutert, dass trotz mancher Bedenken die auf Kinder und Ehegatten ausgedehnte Ebanholzsteuer die den obwaltenden Verhältnissen am ehesten entsprechen und die Sicherung des Bestandes für Reichszwecke sei.

In einer Zuschrift des Berliner Tageblatts aus Dresden wird die Sonderstellung der sächsischen Konservativen in der Reichsfinanzfrage und die Beweggründe hierzu wie folgt bestimmt: „Um ihren überwiegenden Einfluss nicht zu verlieren, sind die sächsischen Konservativen mehr als früher gezwungen, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsen, überhaupt auf die Entwicklung der industriellen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Je mehr diese Richtung in der praktischen Politik zum Ausdruck kommt, um so größer werden natürlich auch die Gegenkräfte der sächsischen Konservativen zu den preußischen, zu den ausgeprägten Zentralpolitiken und damit zum Bunde der Landwirte, die in der letzten Zeit zu verschiedenen Maßen besonders stark hervorgetreten sind, obwohl die ganze Schrophülle der Gegenseite nicht in die Leidenschaft gedrungen ist.“ In diesen Sätzen wird die Situation im ganzen aufrichtig gefestigt. Doch ist die Hauptthese weglosen, nämlich die Tatsache, dass die sächsischen Konservativen mit Rücksicht auf die Landtagswahlen genötigt worden sind, die Schwerpunkt in der Ebanholzsteuerfrage zu versetzen. Im andern Falle wäre es um ihre Wehrheit im Landtage trop des elenden Pluralwahlrechts geschehen gewesen.

### Der Sächsische Gemeindetag gegen die Reichswertzuwachssteuer.

Der Vorstand des sächsischen Gemeindetags hat in einer Sitzung, die am Montag im Blauen Saalhaus, beschlossen, eine Petition gegen die Reichswertzuwachssteuer an den Reichstag zu richten. Zur Begründung des Beschlusses wurde folgendes angeführt:

„Mag man persönlich zu dieser Steuer stehen, wie man will, so unterliegt es doch einem Zweifel, dass sie bereits für sehr viele Gemeinden eine erhebliche Quelle ihrer Einnahmen bildet und damit zur Entlastung des Haushalts dient, dass also ihr gänzlicher oder teilweise Wegfall die Finanzen der Gemeinde und der Steuerzahler in dieser Weise schädigen würde, und es unterliegt keiner keinem Zweifel, dass die Wertzuwachssteuer, die wie keine andere Steuer auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden angewandt ist, durch besonders schlechte Bedingungen hervorgerufen wird und daher demjenigen Gebieten, in welchen solche Bedingungen vorhanden sind, vorbehalten bleiben muss. Es ist nur gerecht und billig, wenn sie diesen Gebieten wieder zugute kommt, und es ist ungerecht und unbillig, wenn die Steuer, die hauptsächlich doch nur aus gewissen bevorzugten Gegenden Deutschlands, zum Beispiel Sachsen, Rheinland, Süddeutschland, nicht aber aus den mit großen Ländern bedeckten südlichen Teilen des Reiches fließt, zur Deckung der allgemeinen Ausgaben des ganzen Reiches benutzt werden soll. Es müssten dann einzelne Teile des Reichs verhältnismäßig viel mehr zu den allgemeinen Kosten beitragen als andere Teile. Deshalb müssen für die Gemeinden gegen eine Reichswertzuwachssteuer vorherrn, und deshalb hoffen sie auch noch, dass eine Möglichkeit im Reichstage sich dafür nicht finden wird, und dass insbesondere die beteiligten Staatsräte und Vertreter der Gemeinden tragen werden, sich für eine Reichswertzuwachssteuer zu erklären.“

An der Sitzung nahmen eine Anzahl sächsischer Oberbürgermeister und Bürgermeister teil.

### Geburtenrückgang in Sachsen.

Noch den vorläufigen Aufzählungen im Königlich Statistischen Landesamt bezüglich im Jahre 1908 im Königreich Sachsen die Zahl der Eheschließungen und 39.300 (38.602), die der Lebendgeborenen Kinder 139.600 (140.817) und die der Sterbefälle 80.000 (79.916); auf 1000 Einwohner fallen 8,4 (8,4) Heiraten, 29,8 (30,6) Lebendgeborenen und 17,1 (17,3) Sterbefälle. Die hier in Klammern beigelegten Zahlen sind die endgültigen des Vorjahrs 1907.

Diese Zahlen ergeben aus neue die früher schon beobachteten Erstcheinungen, nämlich eine Verminderung der Sterblichkeit und eine relative Abnahme der Geburten. Doch ist der Geburtenrückgang größer als die Verminderung der Sterblichkeit. Es ist daher in Sachsen mit einer Zunahme der Bevölkerung geprägt, die in einem etwas verlängerten Tempo zu verzeichnen. Das ist um so sicherer zu erwarten, weil der Geburtenrückgang seit 1898 stetig mehr bemerkbar wurde. Die höchste Geburtenziffer war in Sachsen 1876 zu bemerken, wo auf 1000 Einwohner 45,37 Lebendgeborene lagen; unter Schwankungen ist bis 1898 ein Rückgang auf 39,27 zu verzeichnen; von da ab ist eine stetige Abnahme zu konstatieren: Auf 1000 Einwohner entfielen Lebendgeborene 1899 38,86, 1900 38,06, 1901 37,03, 1902 35,93, 1903 34,16; 1904 33,88, 1905 32,02; 1906 31,86, 1907 30,05, und endlich 1908, wie schon veröffentlicht, 29,08 Prog. Es kommen also 1908 auf 1000 Einwohner 16 Lebendgeborene.

geborene weniger als 1870. Da der Geburtenrückgang noch anhält, muss sich über kurz oder lang ein Rückgang bei der absoluten Geburtenziffer zeigen.

### Krise und Ostrankenkassen.

Der Gewissensbericht der Gemeinsamen Ostrankenkasse in Chemnitz für 1908 spiegelt in bemerkenswerter Weise die ungünstige Situation im Wirtschaftsleben wieder. In den verlorenen Jahren war ein Defizit von 180.000 M. zu verzeichnen. Eine gewaltige Steigerung weisen die drei wichtigen Ausgabenpositionen Kraenkengeld, Arztkonozat und Arzneien auf. Es wurden gezahlt (die in Klammern gesetzten Zahlen sind die des Vorjahrs) Kraenkengeld 761.004,80 (604.531,94) M., mehr 156.472,66 M., Arztkonozat 205.033,27 (248.882,70) M., mehr 46.150,57 M., und für Arzneien 183.477,16 (151.615,07) M., mehr 31.862,09 M. Die Wehrungsabgaben betragen offenbar 233.425,32 M., die Wehrnahmen in Beiträgen betragen aber nur 55.778,36 M. Eine Vergleichung der Einnahmen mit denen der Ausgaben nach der Kürzung des durchschnittlichen Mitgliedsbestandes ergibt, dass die Ausgaben pro Mitglied die Höhe von 31,58 M. erreichen, während nur 28,77 M. auf die Einnahmen kommen. Die Ausgaben überschreiten mit hin die Einnahmen im Berichtsjahr um 1,81 M. pro Mitglied. Nicht viel aussichtsreicher lässt sich das neue Jahr an. Zur vergangenen Vierteljahr betrug die Zahl der Mitglieder 860 weniger als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Die Kraenkengeldabgaben hingegen haben eine Erhöhung von über 11.000 M. erfahren; sie sind gestiegen von 221.000 M. auf rund 232.000 M.

### Die wirtschaftliche Lage.

a. Der Arbeitsmarkt im Königreich Sachsen hat im März eine kleine Verbesserung erfahren. Es betragen zwar noch die Arbeitssuchenden bei sämtlichen sächsischen Arbeitsmärkten 17.167, denen nur 8.357 offene Stellen gegenüberstehen, doch war im Februar bei einer größeren Arbeitslosenzahl die Zahl der offenen Stellen bedeutend geringer, nämlich nur 6.436. Die Zahl der besetzten Stellen betrug im Februar 5.063, im März 7.332. Auch die Mitgliederbewegung bei den Kraenkassen weist eine Wendung zum besseren auf. Bei den ca. 280 sächsischen Kraenkassen, welche Berichte an das Kaiserliche statistische Amt in Berlin einenden, erhöhte sich die Mitgliederzahl um ca. 14.000, dagegen verminderte sich die Zahl der erwerbsfähigen Kraenkassen um 2200. Der Umschwung ist zum guten Teil durch die Aufnahme der Bananen eingetreten, für die Metallarbeiter war der Arbeitsmarkt andauernd ungünstig. Der Landwirtschaftsstand soll stark an Arbeitermangel gelitten haben.

### Kraenkassenbeamte und Reichsversicherungsbund.

In Leipzig tagte am 4. Mai eine öffentliche Versammlung von Kraenkassenbeamten und Bureauangehörigen, die Stellung zu der neuen Reichsversicherungsbund ordnung nahm. Der Referent, Genosse Dr. Kleins, Wurzen, führte aus, dass die Vorlage für die Angestellten unbedingt ist. Nach einer eingehenden Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, nach welcher die Verkündung die freie Selbstverwaltung als die beste Bürgerhaft für die zahleiche Erfüllung des sozialen Zwecks der Arbeiterversicherung erklärt. Die in dem Entwurf der Reichsversicherungsbundordnung vorgegebene Erweiterung aufsichtsbehördlicher Beauftragte bedeutet aber nicht nur ihre Einwendung, sondern eine weitgreifende Unterbindung der Selbstverwaltung, die aus den heiligen Praxis der Versicherungsträger durchaus nicht gerechtfertigt werden kann. Deshalb lehnt die Versammlung die Art der im Entwurf vorgesehenen geistlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten der Evangelischen Kraenkassen und der Verschöffenchaften mit aller Eindeutigkeit ab, um so mehr, als die Bestimmungen den wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Rassenangestellten keineswegs entsprechen.

### Die Frauenorganisationen in Sachsen.

a. Das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin hat eine Umfrage über Art und Stand der Frauenorganisationen vorgenommen. Zu diesem Zweck wurden im Jahre 1908 an alle Frauvereine Fragebögen ausgetragen. Bei der Erhebung wurde festgestellt, dass 71 Reichs-, 510 Landes- und Bezirkssverbände und 7481 Ortsvereine von Frauen vorhanden waren. Die Zahl der organisierten Frauen wird auf rund 1 Million angegeben, zu denen noch rund 40.000 vom Verbande der Evangelischen Jungfrauenvereine hinzutreten. Die Organisationen beschäftigen sich zum größten Teile mit „charitativen“, also mit Wohltätigkeitszwecken.

Auf das Königreich Sachsen entfallen 108 Ortsvereine mit 20.002 weiblichen Mitgliedern. Das sind 2,3 Proz. der Gesamtzahl der Vereine. Auf Organisationen mit beruflichen Betriebsangehörigen entfallen 4327, mit sozialen 548 und mit Bildungsangehörigen 1401 Mitglieder. Frauenorganisationen mit politischen Zielen werden für das Königreich Sachsen nicht ausgeführt.

Die politisch organisierten sozialdemokratischen Frauen sind in der Zählung nicht mit eingetragen. Diese gehören ebenfalls noch einem Beschluss der sozialdemokratischen Frauenkonferenz zu Nürnberg 1908, der allgemeinen sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes an, auf die sich die Zählung nicht erstreckt.

Greizberg. Die Angaben für die bald gänzliche Einstellung des Erbgutsbaus auf dem sächsischen Gruben mehrten sich immer mehr. So wurde jetzt wieder die seit 1836 bestehende sogenannte obere Neueren Erbgutsliste in Aug abgetragen. Dieser werden in absehbarer Zeit noch zwei weitere, zur Grube Himmelsfürst gehörige Erbgutslisten folgen.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Lebensfassbärtig verunglückt sind auf dem Steinbogenwerk Beringfeld in Rödlin i. Erzg. die beiden Förderleute Schmid und Heinrichs und Münster aus Hohenbörn. Sie beiden führten einen vollbeladenen Kohlenkund den Berg hinauf. Beide starben sie und wurden von dem nun überlebenden Hund ein großes Stützgerüst. Schmerzerwähnungen wurden die beiden Förderleute, die noch leben sind, aufgesessen. — An der Höhe von Dahlau sind in möglichster Tiefe Kohlen gemischt. Das gefundene Lager wird als gänzlich ertragbar erachtet, jedenfalls als abbauwürdig angesehen. In einer Verkündung der Dahlener Heimat, die im Echo des Rödlin hier erschien, wurde von den Bediensteten, die im Echo des Rödlin hier erschien, dass Dahlau auch gebaut bzw. das Abbaurecht den Oberleitern kommt.

Meinel und Kühl aus Leipzig übertragen. Das Besitzer sollen, falls es zu einem Abbau des Kohlenlagers kommt, pro Kader für das Abbaurecht 1200 M. erhalten, die nach einer Anzahl zeitweise zu bezahlen sind.

## Stadt-Chronik.

### Die städtische Wohnungsinpektion.

Das Wohnungsamt hat neben einem Bericht über die Tätigkeit der Wohnungsinpektion im Jahre 1908 herausgegeben. Wir greifen die folgenden wichtigeren Angaben heraus. Besonders Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahr der Unterbringung von Kellerwohnungen gewidmet. Bis Ende 1908 sind 271 Grundstücke mit 339 Kellerwohnungen und 60 Kellerwohnungshäusern aufgeworfen worden, davon 236 Grundstücke mit 271 Wohnungen und 56 Werkstätten im Berichtsjahr. Hierzu sind zum dauernden Aufenthalt von Menschen wegen einzelner erheblicher Verhöre gegen die Wohnung- und Bauordnung (ebenda baupolizeilich Genehmigung zu großer Tieflage, zu geringe Höhe oder Belichtung und dergleichen) oder wegen Zusammenwirken mehrerer wesentlicher Mängel gänzlich verboten worden: 19 Kellerwohnungen und 1 Kellerwohnungshaus. Bei 307 Wohnungen und 56 Werkstätten wurde die Weiterbenutzung von der Belebung der vorgegebenen Mängel abhängig gemacht. Eine Unterbrechung hat die Belebung der Kellerwohnungen am Ende des Jahres erfasst, dass vor allen die in Eigentum oder Verwaltung der Stadt befindlichen Hausrundstücke zu revidieren waren. Von 170 derartigen Grundstücken waren bis Ende 1908 54 beschädigt; bei 50 Grundstücken wurden Mängel festgestellt, deren Beseitigung in die Wege geleitet befleißigungsbereit bereitgestellt ist. Das Beseitigungsergebnis der übrigen 116 Grundstücke wird in nachstehenden Tabellen dargestellt.

Wie festgestellt werden ist, meiste Wohnungen in älteren Gebäuden häufig mehr oder weniger große Fehlbeträge an der jetzt in der Bauordnung vorgeschriebenen Mindesthöhe von 2,25 Meter auf. Darüber sagt der Bericht: „Bezüglich Belebung des Beseitigungsergebnisses und zugleich im Interesse tatsächlich schwächer Durchführung der Wohnungsordnung sind im Einvernehmen mit dem Stadtbaurat und dem Wohnungsausschuss die Wohnungsaufschlussanweisungen angewiesen worden, bis zur Beendigung der ersten Aufnahme sämtlicher Wohnungsbewohner folgendermaßen bezüglich der vor Intrahütten der Bauordnung erfassten und baupolizeilich genehmigten Wohnungen zu verfahren: Lässt Höh. an bis herab zu 2,25 Meter sollen, dassfern nicht sonstige Bedenken gegen die Wohnungen vorliegen, unbefristet gelassen werden. Über noch weitergehende Ausnahmen ist von Fall zu Fall die Einschätzung des Wohnungsausschusses beziehentlich des Hauses einzuhören. Bei Kellerwohnungen soll in der Regel nicht unter 2,50 Meter lichter Höhe herabgegangen werden. Fehlbeträge an der für Familienwohnungen durch die Wohnungsordnung vorgeschriebenen Mindesthöhe von 30 Quadratmetern sollen, wenn der vorausgesetzte Nutzraum vorhanden und sonstige Bedenken nicht vorliegen, bis zu 20 Proz. bis auf weiteres nachgelassen werden, doch soll diese Ausnahme nicht Platz greifen, wenn Untermiete oder Kellerwohnungen in Frage kommen.“

Am Berichtsjahr sind beschädigt worden in 1039 (1907: 842) Häusern:

Wohnungen . . . . .	8320 (4191)
Gewerberäume . . . . .	1170 (1533)
Dienstbotenwohnräume . . . . .	216 (221)
Gemebghäuschenwohnräume . . . . .	195 (359)
feuchte Wohnungen . . . . .	156 (189)
<b>zusammen 10.051 (6493)</b>	

während über vorgefundene Mängel 3577 (2215) Räume bestraften wurden. Insgesamt haben also 13.634 (8708) Bewohnerungen von Wohnungen, Gewerberäumen u. a. bestanden, abgesehen von den sehr zahlreichen vergeblichen Verlusten, bei denen die Wohnungsinhaber nicht angefasst werden sind. In 704 (376) der Häusern wurden sämtliche Wohnungen mit und ohne Teilvermietung bestraft, in den übrigen 335 (166) Häusern nur einzelne Geldstrafe oder Wohnungen.

Die 10.007 (6493) Verhüllungen erstreckten sich auf 1547 (1811) Wohnungen mit Teilvermietung, 1581 (2113) Gewerberäume sowie Schlosserstellen für Dienstboten und Gewerbegehilfen und 156 (189) jenseitige Wohnungen. Ordnungsgemäß bestraflicht waren die Wohnungen im Jahre 1909 (4920) Häusern, in 3188 (1573) Häusern wurden Mängel vorliegen, die in 1184 (600) Häusern sofort oder durch Stellung vorliegenden longer Fällen ohne weiteres bestraft werden sind. Über 1245 (602) Wohnungen u. a. wurde schriftlich an das Wohnungsamt berichtet, dass auf dem Wege schriftlicher Verfügung die ordnungsgemäß Ausnutzung der Räume oder die Belebung sonst vorgefundener Mängel veranlaßt hat. 877 (396) vieler amtlichen Mufforderungen ist bereits entsprochen worden (darunter sind auch 206 Fälle, bei denen die Räume aus den Jahren 1906 und 1907 rückten), während 368 (206) schriftlich, sowie 759 (311) mündlich gestellte Fällen noch laufen, doch werden sich diese Beauftragungen im Laufe des Jahres 1909 regeln lassen. 441 (188) Räume sind in 18 (10) Sitzungen des Wohnungsausschusses beraten worden, denen an 3 (1) Tagen Ortsbesichtigungen in 8 Häusern und 26 Wohnungen vorangingen. Die Beratungen erstreckten sich auf 413 (178) Wohnungen (darunter 104 Kellerwohnungen u. a.) und 28 (10) Anträge des Wohnungsinhabers und sonstiges. Insgeamt wurden 22.234 Räume erledigt.

Über die Wohnungsdichtheit gibt eine Tabelle Aufschluss. Sie bestätigt die allgemeine Erfahrung, dass die dämtesten Räume am dichtesten, d. h. am schlechtesten wohnen müssen. Ganz bestimmt ist jedoch der günstige Einfluss, den die im Jahre 1905 begonnene Wohnungsinpektion, beginnend die Durchführung der Wohnungsordnung, nach dieser Richtung zu haben scheint. Es wird nämlich in fast allen Wohnungsklassen besonders aber in denen bis zu fünf Räumen, eine Verringerung der Wohnungsfläche festgestellt. Es entfielen z. B. im Jahre 1905 auf die 1,48 Personen; auf die zweitdämige Wohnung 1906: 2,08, 1908: 1,73; auf die drittärmige 1,72 bzw. 1,49; auf vier Räume 1,49 bzw. 1,04; auf fünf Räume 1,17 bzw. 0,87 Personen. Das Schlosser- und Untermieterwohnungen berichtete vor in den drei- und vierärmigen Wohnungen; auf 2538 dieser Gattung kommen nicht weniger wie 1606 Untermieter und Schlosser.

Über auch die Zweizimmer-Wohnung weist in 4027 Höfen noch 580 Untermieter und Schlosser auf.

Welche grauenhaften Wohnungsverhältnisse noch anzutreffen sind, sagt der Bericht mit folgender Feststellung: „Außer den vorhandenen Anspruchsorten sind noch 11 Fälle vorgekommen, wo Wohn- und Schlafräume überhaupt nicht vorhanden waren, sondern die 18 Bewohner neunmal in einer Küche und zweimal in unzulässigen Dachböden wohnen angekommen wurden. Hierbei kamen 11 Inhaber und 7 Kinder in Frage.“

Über die Mängel wohnungspolizeilicher Art gibt eine andre Tabelle näheren Aufschluß. Demnach wurde angeordnet:

Wohnungen für den menschlichen Aufenthalt dauernd leer zu stellen in 65 Fällen, Verhüllungen von einzelnen Räumen, die nach der Wohnungsbildung zum Wohnen und Schlafen ungeeignet waren 831, Verhüllungen von unzulässigen Schlafräumen für Dienstboten und Gewerbegehilfen 242, übersättigte Wohnungen, in denen keine Teilvermietung ausgeübt wurde, 603, übersättigte Wohnungen durch Aufnahme von Teilmietern 560, Wohnungen, in denen durch die darin stattfindende Teilvermietung für den Vermieter nicht das vorgeschriebene Raum verblieb, 575. Ungeregelte Ausnutzung an sich sonst genügend großer Wohnungen 170, Schließungen sehr schmuckig vorgerundeter Wohnungen 206, Beleidigung vorgesetzten Untergießers in Wohnungen 76, Herstellung des bevorstehenden Abschlusses jeder Familienwohnung u. a. 270, Herstellung des bevorstehenden Zuganges bei Wohnungen mit Teilvermietung 130, Beleidigung von Seiten- und Waschgeschäften im Schlängergangswinkel 67, Beleidigung Anmeldung bei Aufnahme von Schlosseuten 1569, Aufnahme von Schlosseuten beiderlei Geschlechts 91, Sonstiges 67.

Bauliche Mängel der Grundstücke wurden 2672, feuerpolizeiliche Mängel 8888 festgestellt. — Die Art der Wohnungsinspektion ist so, daß auch später jederzeit Nachkontrollen leicht möglich sind, da für jedes revidierte Haus ein Grundriss angefertigt und zu den Akten gelegt wird. Im Bericht heißt es darüber: „Wie bekannt geworden ist, hat eine ganze Anzahl großer deutscher Städte, wie Dresden, Hannover, Magdeburg, Eisen a. d. Elbe, Mannheim, Straßburg, Kiel, Nürnberg, Augsburg, Chemnitz, in der Hauptstadt das hiesige Besichtigungsverfahren eingeführt, und zwar die meisten Städte in den letzten Jahren, manche aber erst, nachdem sie jahrelang Versuche angestellt und verschiedene Methoden ausprobiert hatten, wie zum Beispiel Eisen.“

#### Bezirkstag.

Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden-Altona, der am Mittwoch abgehalten wurde, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Auflösung der aus dem Bezirksverband entfallenden Kostenanteile für die Fürsorgeanstalten. Sofernlich tritt das Gesetz am 1. Oktober d. J. in Kraft, so daß bereits für das vierte Vierteljahr 1909 mit der Kostenfrage zu rechnen ist. Die Schwierigkeiten bestehen, wie der Amtshauptmann darlegte, darin, daß einmal der Haushaltssplan für 1909 längst verabschiedet ist, und daß man zum anderen jetzt noch völlig im Dunklen steht, wie hoch sich im einzelnen die auf die Bezirksverbände abzuwälzenden Kosten belaufen werden. Bei den ungünstigen finanziellen Verhältnissen, unter denen mehr oder weniger alle Gemeinden leiden, hatte der Bezirksausschuss abgesehen, die nachträgliche Erhebung eines Aufschlages zur Bezirkssteuer vorzuschlagen, er empfiehlt vielmehr, die Kosten für das vierte Quartal 1909 — man rechnet mit 1200 M. — vorzuschreiben aus dem Bezirksvermögen zu entnehmen. Der Amtshauptmann fügte hinzu, daß man diesen Vorhalt nur in der Gewissheit akzeptieren könne, daß dann nämlich das Jahr eine um so höhere Bezirkssteuer erhoben werden müsse, da das Bezirksvermögen unbedingt wieder auf seinen jetzigen Stand gebracht werden müsse. Gabe sich die Sache erst eingerichtet, werden die Kosten aus der Fürsorgeerziehung schätzungsweise für den Bezirksverband vierteljährlich circa 5000 M. betragen. — Der Kreishauptmann, der den Verhandlungen beihörte, erklärte, daß die Summe von 1200 M. allem Anschein nach viel zu gering sein werde, da am 1. Oktober nach dem Gesetz bereits alle Fürsorgezöglinge, die sich zur Verhütung der Verhörlösung bereits in einer Anstalt oder in Zwangserziehung befinden, von dem Fürsorgeverband zu übernehmen sind. Wenn auch die Stadtgemeinde Dresden zu den Kosten einen großen Teil beizutragen habe, so sei doch zu berücksichtigen, daß gerade Dresden die meisten Fürsorgezöglinge stellen werde. Es sei bald mit Vorliebenen, mit Errichtung von besonderen Schulen und anderem mehr zu rechnen. Die Kosten der Fürsorgeerziehung würden also bedeutend werden. (1) Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Kosten für das vierte Vierteljahr 1909 aus dem Bezirksvermögen zu deduzieren, im nächsten Jahre aber eine Erhöhung der Bezirkssteuer treten zu lassen. Als Delegierte des Bezirksverbandes in die Fürsorgeverbandsversammlung wurden Geh. Kommerzienrat Dietel-Cosmannsdorf, Gemeindevorstand Rudolf Deuden und Sanitätsrat Dr. Fernbacher-Zauderode gewählt.

Für ein vom Herbergverein zu Potschappel für sein neu erbautes Herbergsgesundheit bei der Landesversicherungsanstalt aufzunehmendes Darlehen von 5000 M. will der Bezirksverband Garantie übernehmen, desgleichen für ein Darlehen bis zur Höhe von 8000 M. des Vereins für Walderholungsstätten, der im Wettiggrund bei Döhlen einen größeren Landkomplex in Erbbaurecht übernommen und dort eine Walderholungsstätte gründen will. Beschlossen wurde auch die Errichtung von an die Grundstücke der Bezirksanstalt in Saalhausen angrenzenden forstfachlichem Areal in einer Größe von 6500 Quadratmetern. Der Antrag des Gemeindetages auf Erhöhung der Bevölkerungssteuer des Bezirksverbandes für die Fürsorgeanstalt zu Dresden (jetzt 800 M.) wurde dem Bezirksausschuss zur Überprüfung bei Aufstellung des nächstjährigen Haushaltplanes überwiesen. — Auf Begeaburteilungen wurden bewilligt: 2500 Mark zum Bau der Weinbergstraße in Gößweinstein, 200 Mark für Herstellung einer Brücke im Zuge des öffentlichen Fußweges Rabenau-Niederhäslich, 1500 M. zum Bau eines Verbindungsweges Nennendorf und Gößweinstein und 200 M. zur Anlegung eines Fußweges an der verlängerten Mühlmeisterstraße in Kleinstadtler Flur.

#### Mehl in der Wurst.

Ein Fleischhersteller Wünsche in Weinhardsdorf bei Chemnitz fabrizierte sogenannte Jagd- oder Brühwürste aus seingeschnittenem guten Fleisch und diversen Gewürzen zum Verkaufspreise von 1 Mark das Pfund. Es kommt nun öfters vor, daß selbst gutes Fleisch prima Qualität nicht die zur Wurstfabrikation erforderliche Bindekraft besitzt. Da das Publikum aber eine starke und sättigende Wurst und kein brüchiges oder bröckeliges Habicht verlangt, lebt man der Wurstfabrik etwas Mehl zu, um die erforderliche Bindekraft zu erlangen. Wünsche hatte aus 50—100 Pfund

Wurstmasse ein halbes Pfund Kartoffelmehl zugesetzt. Die Behörde sah darin ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz und stellte Strafantrag gegen Wünsche. Die beiden ersten Anklagen kamen jedoch auf einen Freispruch zu. Von Interesse sind die Ausführungen des Landgerichts: Eine Verschlechterung der Wurst und damit eine Fälschung und beobachtigte Fälschung des Produkts lasse sich nicht nachweisen. Der Angeklagte habe nachgewiesen, daß kein minderwertiges Fleisch verwendet und durch den an sich harmlosen Mehlausatz die Bindekraft erhöht werden. Die Qualität der Ware sei durch das geringe Quantum Mehl in keiner Weise verändert worden. Es sei zwar nicht zu erkennen, daß nach Ansicht des soliden Geschäftsrücksichts zur Wurst nur Fleisch, Fett und Gewürz, aber kein Mehl verwendet werde. Man könnte aber unmöglich jede Abweichung von der Norm als Fälschung bezeichnen. Der Zulassung sei derartig gering gewesen, daß er auf den Würstmarkt und die Bekanntheit der Ware ohne jeden Einfluß bleibe. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein und rügte eine Verlegung des § 10 des Nahrungsmittelgesetzes und eine Verfehlung des Begriffs der Fälschung. Wenn das Fleisch keine Bindekraft mehr besessen habe, so sei es zu besseren Würsten nicht mehr zu verwenden gewesen. Der Strafgericht verwarf die Revision unter Übernahme der Kosten auf die Staatsanwaltschaft. Havar holt der Senat an seiner Meinung, daß jeder Zusatz zu Nahrungsmitteln als Fälschung angesehen werden müsse. In konkreten Fällen sei er von seinem Prinzip abgegangen, weil der Zusatz des Fremdstoffes, wie ihn Mehl in der Wurst nun einmal darstelle, so gering gewesen sei, daß er keinen Einfluß auf die Bekanntheit der Wurst ausgeübt habe. Nach den Gutachten und tatsächlichen Feststellungen habe der Angeklagte nur gutes Fleisch und Fett zu seiner Wurst verwendet und nur die Bindekraft erhöhen wollen.

#### Schutz dem Walde!

Der Gutsbesitzer des Dresdner Staatsforstreviers in Kloster erläßt folgende Bekanntmachung: „Die überhandnemenden und öffentlichen Körpern erregenden Beschädigungen an den Waldbeständen und jungen Ansäulen sowie an den Standortswäldern des Dresdner Staatsforstreviers geben Veranlassung, zum Schutz des Waldes die allgemeine polizeiliche Anordnung zu erlassen, daß in genannten Revieren das Schnitzen und Anprellen siehender Bäume mit Knütteln und Steinen, das Abbrechen und Abschneiden von Zweigen, Heidekraut, Beerkrat, Farnkraut, das Abstreifen von Laub und Ausziehen von Pflanzen, das Ausknicken von Bäumen und Sträuchern, das Sammeln von Moos und Eiern verboten ist. Zu widerhandlungen werden, soweit nicht nach den Rechts bezw. Landesgesetzen eine höhere Strafe einzutreten hat, mit Geldstrafen bis zu 30 M. oder nach Besitzen mit entsprechender Haft geahndet werden.“

Man sieht, zu welchen Maßnahmen der Nutzungsrecht hat Wald und Wiesen durch Abreißen von Ästen und Blumen usw. zu verhindern. Die Natur ist für alle Menschen da, daher soll jeder einzelne sich sagen, daß er den anderen den Naturgenuss nicht durch derartige gewalttätige Eingriffe vereiteln darf.

#### Ein Sozialdemokrat über auswärtige Politik.

Zu den übrigen bürgerlichen Blättern gesellen sich nun auch die Dresdner Nachrichten, die unter dieser Überschrift die jüngst in unserem Blatte ausführlich besprochenen Auseinandersetzungen des Genossen Leuthner-Wien über deutsche Politik gegen die deutsche Sozialdemokratie anzuspielen versuchen. Leuthner hat in jüngstigen einen neuen Artikel in den Sozialistischen Monatsheften geschrieben, worin er das vorher Gefügte unterstreicht und aus dem die Nachrichten lesen, daß er sowohl Freund des Militarismus als auch der Flottenverteidigung sei. Es genügt, demgegenüber festzustellen, daß L. Anhänger in dem erwähnten Artikel von unserem Blatte entschuldigend zurückgewiesen wurden und daß in der ganzen sozialdemokratischen Presse Deutschlands das gleiche geschehen ist, soweit sie Stellung zu der Angelegenheit genommen hat. Dabei ist zu bemerken, daß revisionistische wie rottale Blätter einmütig in der Abwehr der von Leuthner befürworteten Anschauungen sind. Das dürfte wohl genügen zur Täuschung der Schadenfreude, die aus den Zeilen der Dresdner Nachrichten spricht. Nebenbei ist aber vor kurzem im Marp. der Wochenzeitung der Österreichischen Sozialdemokratie, stark getadelt worden die Art, wie Genossen L. in deutscher Verhältnis sich mischt. L. sagt selbst, daß er auch in Wien nicht viele habe, die mit ihm in diesen Dingen übereinstimmen.

Die deutsche Reform, daß unter völligem Aufschluß der Deutschen Reichsleitung wöchentlich zwimal vier ganze Seiten stark in kleinem Format erscheinende Kleiderblätter der handvoll Antisemiten, gelöst sich in der letzten Nummer in einer wahren Apöbelung der Sozialdemokratie und der Dresdner Volkszeitung. Zwei lange Artikel beschäftigen sich ausschließlich und einer zum Teil mit uns. Der da verzapfte Blätter sind so groß, daß das Gesicht schon aus diesem Grund nicht ernst zu nehmen ist. Wir lassen Herrn H. M. und seinen Freunden gern das Vergnügen derartiger Thumachiansäße und möchten bei der Gelegenheit nur bemerken, daß es Herr Hugo Meyer war, der seinerzeit einen unseres Genossen fast persönlich und gut Weiter bat, damit er ihn wegen einer Fleigeli nicht bei den Ohren nehme. Folge aus dem Hinterhalt schimpfen und laufen, das ist die Manier dieser Herren.

#### Gewerbegericht.

Einen Hundertmarkstein hat der Arbeitsgerichts-Rat auf dem Wege zur Bank verloren, als er bei der Firma Müller beschäftigt war. Man habe ihm im Verdacht, den Stein unterzuhören zu haben. Da von der Staatsanwaltschaft eingelieferte Untersuchung jedoch zu keinem Resultat. R. wurde wegen dieses Vorwanges entlassen und fordert jetzt 16 M. Entschädigung. Es wird mit seiner Klage abgewiesen, da ein ausreichender Grund zur Entlassung vorlag.

Wegen Verlegung des Vertrages leiste der Richter gebürtige Heinz bei dem Tischlermeister Krause die Arbeit niedig und fordert jetzt 99,76 M. Entschädigung. Der Kläger wurde von dem Belegschaft Ende 1908 gegen 57 Pl. Stundenlohn beschäftigt. Seit Februar d. J. erhielt er einen Pfennig Zulage. Am 17. Februar wehrte sich der Meister, den Dennis Zulage weiter zu zahlen. H. hörte auf und rief die Schlichtungskommission an. Diese gab den Fall als Mahnung an, weil der Meister erklärte, er hätte den Kläger nicht weiter arbeiten lassen. Da dieser Kläger seitens des Meisters nicht vorgebracht wurde, kam das Gericht zu der Ansicht, es läge keine Entlastung vor und die Schlichtungskommission habe demzufolge solid entschieden. In Konsequenz dessen kommt das Gericht zu dem Schluß, daß zwar eine Vertragsverletzung seitens des Belegschaft vorliege, daß dies den Kläger aber noch nicht zum Aufhören berechtige. Vergleichsweise zahlt der Belegschaft 20 M.

Von dem Inhaber eines Kinematographentheaters Götzen verlangt der Pianist Frieder 102 M. Lohn und Lohnentziehung. Er wurde aus mehreren Gründen, die aber läufig nicht anzuführen, entlassen. Einen wirklichen Entlassungsgrund hätte der Belegschaft gehabt, als er gleich nach Engagement, der getroffenen Verabredung zuvor, nach ausdrucks reiste. Diesen Entlassungsgrund hatte der Belegschaft aber nicht benutzt. Die Lohnforderung datiert noch aus dem März. Ende März hatte der Kläger eine Quittung unterschrieben, wonach er keine

Entschädigung weiter habe. Er muß deshalb die Lohnforderung fallen, dagegen erhält er vergleichsweise 42 M. (Vorleser: Generaldirektor Dr. Hünigk, Unternehmerherr, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Weber, Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.)

#### Aus der Umgebung.

Bautznerode. Auf Ansuchen vieler bissiger Einwohner und Geschäftsläden hat die Oberpostdirektion die Errichtung einer Postagentur im bissigen Ort genehmigt, die voraussichtlich im Juli d. J. eröffnet wird. Sie ist dem Haushalter und Fleischbeschneider Großheide übertragen worden und wird in weiterer Folge gelegenen Grundstücke und des Burg direkt im Zentrum des Ortes gelegen. — In Stelle des Betriebs, welche in seinem Reichstag im werden sollen, werden ebenfalls die Lebensmittel und Lebensmittel erlaubt der Frauen kommen über allen in jedem Bereich, die freiwillige Feuerwehr im moderneren Sinne gegründet. Unterweilig. Sonnabend den 8. Mai, abends 8 Uhr, findet in Damms Gasthof öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Beratungskalender für Freitag, Gewerkschaftsamt Plauenscher Grund und Umg. Abend 8 Uhr, Generalversammlung.

#### Gerichtszeitung.

##### Schöpfengericht.

Während der Schäferkunde bestohlen. Die 18jährige Geliebte Amanda Hennig verlor als Gast im Restaurant zum Chinchen auf der Großen Brüdergasse. Da kam in fideler Stimmung von einem sogenannten Herrenabend der Drogist Schulte in das Lokal und zeigte mit mehreren anderen dort. Er hatte noch gegen 300 M. ein. Bald wurde die Kellnerin eingeladen, den Besuch bestätigte. Sie folgte dieser Einladung ungestüm und machte die Bekanntmachung eines Ortsrichters aus der Umgebung von Dresden. Mit diesem verließ sie auf einige Zeit zu einem Schäferhund in ihrer Nähe liegende Wohnung. Kurze Zeit nach ihrem Rückkehr verschwand sie abermals, und zwar mit dem Drogisten. Dieser bezog nach dem Schäferkunde nur noch 150 M. Die Kellnerin hatte sich wegen Gewerbeübung und Diebstahl der 250 bis 300 M. zu verantworten. Direkt nachgewiesen ist ihr die Diebstahl nicht. Sie entfernte sich aber gleich aus anderer Zeit der Drogisten. Sielebte sich neu ein und fuhr für 14 Tage zu ihrer Freundin. Daraus wird geschlossen, daß sie den Drogisten entnommen hat. Vor kurzer Zeit wurde sie zu 8 Tagen Haft und 3 Tagen Gefängnis verurteilt; das Urteil wurde aufgehoben und auf 5 Monate 2 Tage Gefängnis und 14 Tage Haft erlassen.

Aus Not zur Dienst geworben. Die in den Herbstfestschauende Schneiderin Gertrud Langhammer war bei dem Gastwirt C. W. Thiel auf der Victoriastraße in Stellung und erhielt jetzt 30 M. dann 40 M. Monatsgehalt. Damit kam sie nicht an und stieß deshalb nach und nach für etwa 300 M. Wäsche. Wöchentlich einer Reise nach Zwiedau kamen die Dienstfahrt heraus. Es wurde bei ihr Haushaltung abgehalten und man fand die Handtücher und verschwendete Kosten der gestohlenen Wäsche. Sie wird zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

##### Militärgericht.

Militärgericht. Wegen Soldatenmäßigung hatte sich der Sergeant Schindler vom 2. Grenadier-Regiment vor dem Militärgericht zu verantworten. Einer seiner Grenadiere hatte eigentlich einen Appell nach dem Sergeanten Ansicht nicht schnell genug fertig werden. Der Vorgesetzte geriet darüber derartig in Erregung, daß er dem Soldaten mit dem Handrücken einen leichten Schlag ins Gesicht versetzte. Trotzdem Schindler ein schmäler Unteroffizier sein soll, nahm das Gericht Rücksicht und erkannte auf 8 Tage Gefängnis.

Brieftausch-Unterschlagungen leistete sich der Soldat Schindler vom 12. Feld-Kavallerie-Regiment. Er unterwarf verschiedene Briefe an seine Kameraden, geriet in die Gefangenmäßigung und wurde nach einer Reihe von fünf Tagen wieder freigesetzt.

Wegen Entfernung der Klammer aus dem Gesicht verurteilt. Der Kläger sprang an der Kreuzung der Anton- und Käthestraße einen Arbeitsarbeiter von einem in mäßiger Fahrt befindlichen Schleppwagen herab und fiel dabei so heftig zu Boden, daß er einige Zeit bewußtlos war.

Wetterbericht von der Wittersäule an der Auguststraße am 6. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 762. Schön Wetter.

Thermometer: +15° M. Thermometrogramm: Min. +5, Maxim. +15.

Hygrometer: 49%.

Wasserstand: -49.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 7. Mai 1909.

Schwache nördliche Winde; wolkenlos bis heiter; starke Temperatur schwankungen bis zu Nachtrost; trocken.

Generaldirektor Dr. Hünigk, Unternehmerherr, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Weber, Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

Am Freitag, den 10. Mai, in der Generaldirektion der Gewerkschaften gewerkschaftliche Industrie für Sachsen, Fleischermeister Weinhold und Fleischermeister Gläser Möh und Fleischermeister Schulte.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der dänische Gewerkschaftskongress.

II.

Weiter wurde über das Fabrikgesetz und seine Revision beraten, wozu Vertreter der Regierung sowie des Arbeitsschutzes und des Fabrikdirektorates geladen und — anders als in Deutschland — auch erschienen waren. Das jetzt in Dänemark geltende Fabrikgesetz kam im Jahre 1901 aufgestellt und soll 1910 revidiert werden. Daraus wünschte der Arbeiterstat, der ja die für diese Fragen zuständige gesetzliche Arbeitspartei ist, zunächst die Anträge der beiden interessierten Parteien zu hören. Der Referent Alfred Christensen gesteht in seinem Vortrage eine Reihe von Forderungen auf, die dem Reichstag im nächsten Jahre zur Revision des Gesetzes vorgelegt werden sollen, so namentlich die, daß alle Betriebe, auch die handwerksmäßigen, der Arbeitsschutz unterstellt werden, daß die erwerbstätige Arbeit schulpflichtiger Kinder, die jetzt noch vom 12. Lebensjahr an für 6 Stunden des Tages mit gewissen Einschränkungen erlaubt ist, gänzlich verboten wird; ebenso die Nacharbeit der Frauen sowie die Heimarbeit; ferner werden gefordert Bestimmungen über die Arbeitszeit auch der erwachsenen Arbeiter, vor allem in gefunftsabschließenden Betrieben, und schließlich eine wirtschaftliche Arbeitsschaffung, weshalb auch die Arbeitsorganisationen Einfluß auf die Wahl der Arbeitsinspektoren erhalten sollen. — An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Der Vertreter des Ministeriums des Innern, Departementschef Krieger, dankte förmlich im Namen der geladenen Behörden für die interessanten Aufklärungen, die der Kongress in dieser Angelegenheit gegeben hatte, und sprach die Hoffnung aus, daß sie bei der Gesetzesrevision Frucht bringen mögen.

Der Kongress beschäftigte sich ferner mit dem von den Gewerkschaften und der Partei gemeinsam zu erreichenden Ansatz für die Arbeiterbewegung und ermächtigte den geschäftsführenden Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes, gemeinsam mit den Vertretern der Partei den Plan samt dem Statut zum Archiv endgültig festzustellen, damit das Archiv sobald wie möglich eröffnet und mit der Einführung des Materials am 1. Juni d. J. begonnen werden kann. Die jährlichen Ausgaben für diese Einrichtung sind auf 2000 Kronen angesetzt.

Zur Frage der Errichtung einer Arbeitshochschule wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den hierfür eingeschlagenen Aufschluß auffordert, die bereits begonnene Arbeit mit aller Stärke fortzuführen und den geschäftsführenden Ausschuß des Gewerkschaftsverbandes beauftragt, gemeinsam mit dem des Sozialdemokratischen Verbandes dem nächsten Kongress entsprechende Vorschläge zu machen.

Eine besondere Beratung fand noch über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenkassen statt. Wie der Referent Buchbinder hervorhob, seien jetzt 21 Arbeitslosenkassen staatssicher, erhalten also Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. Sie haben über 70 000 Mitglieder, wogegen noch 10 000 kommen, deren Mitgliedsrechte zurzeit ruhen. Die 24 Städten arbeiten im letzten Jahr mit einem Defizit von 25 000 Kronen, erhalten jedoch noch 95 000 Kronen Staatszuschuß, so daß sie tatsächlich mit 70 000 Kronen Überhöhung rechnen können. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, in der der Kongress konstatiert, daß die vom vorigen Kongress, 1907, gegebene Grundlage für die Errichtung anerkannt Arbeitslosenkassen sich bewährt hat, die Arbeiter aufgehoben werden, weiter zu wirken für die Verbesserung und Erweiterung dieser Institutionen und auch die von den Arbeitvertretern im Reichstag und den Kommunen gestellten Anträge zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und Vinderung des Notstandes förmlich durch ihre Organisation zu unterstützen. Mit der zwecks Unterstützung der Ausgewerken sowie der sonstigen Maßnahmen verhantelten Einstellungen erklärt sich der Kongress einverstanden. Die Landeseinigung soll am 15. Mai geschlossen werden. „Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenkassen“ soll in Zukunft ein ständiger Punkt auf der Tagesordnung sowohl der Repräsentantschaft wie der Generalversammlungen des Gesamtverbandes bilden.

Betreffend die Stellung des Gesamtverbandes innerhalb der Arbeiterchaft und gegenüber den Unternehmen wurde eine Resolution gefaßt, die sich zunächst gegen die Tarifplättungsbemühungen und erklärte, daß die Freiheit über die Tarife und die bestehenden Organisationsverhältnisse nur innerhalb der Organisationen und nicht in öffentlichen Versammlungen gepflogen werden soll, sowie daß jeder Versuch, gesplitternd oder auflösend auf den Gesamtverband zu wirken, energisch bekämpft werden muß. Gegenüber der Bevölkerung der Arbeitgebervereinigung jeder Branche wegen einer Generalausperrung zu befürchten, erklärt der Kongress in der Resolution, daß die organisierten Arbeiter Dänemarks sich auf die Dauer mit einer solchen Tarif des Unternehmers nicht mehr abfinden werden, ohne Voreingenommenheiten zu erregen. Der Auszug des Gesamtverbandes wird beauftragt, genau zu erwägen, welche Maßregeln in dieser Hinsicht ergriffen werden sollen.

Schließlich wurde noch eine Resolution über die gegenseitigkeitsbestimmungen zwischen den Gewerkschaften der skandinavischen Länder angenommen, die sich hauptsächlich auf die gegenseitige Solidarität und den Ubertritt der ausländischen Mitglieder bezog und sich sowohl den Beschlüssen des skandinavischen Arbeiters Kongresses wie der internationalen Konferenz von 1907 anschloß.

Mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden des Gesamtverbandes hatte sich inapödlich schon ein besonderer Widerstand erhoben, da der alte Vorsitzende Martin Olsen, der die Stellung eines Revisors der Stadt Kopenhagen übernommen hat, auf die Wiederwahl verzichtete. Genosse Olsen stand seit 11 Jahren, erst als Sekretär, dann als Vorsitzender im Dienst des Gesamtverbandes. Seine, namentlich infolge der unaufhörlichen Ausperrungsbeschlüsse des Unternehmens, die ja immer wieder zu langwierigen Verhandlungen führten mußten, sehr aufreibende Tätigkeit wurde allgemein dankend anerkannt. Als Vorsitzender wurde nun der bisherige Sekretär Karl A. Røben gewählt, als zweiter Vorsitzender Buchbinder Hoffstedt, als Sekretär Tischler Carl Gran; als Hauptkassier wurde C. Svendsen wiedergewählt.

### Nokales.

#### Achtung, Konditorei-Arbeiter!

Am Freitag den 7. Mai sofort nach Arbeitsschluß findet im großen Saale des Dreikästen-Hofes in Löbau eine öffentliche Versammlung statt, in der General-Rechtsberater Dr. Binder, Ludwigshafen über den neuverbindlichen Arbeitsvertrag und die Frau in der Industrie sprechen wird. Zweiter Punkt der Tagesordnung ist: der Rechtsberater Dr. Hirsch in Döbeln, Wettin, Wilsdruff in Torgau-Plessa. Es ist wohl zu erwarten, daß alle in den Scholzabend, Jüdischen, Wettin, Wilsdruff und Görlitz-Kabinen beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeiter zu dieser wichtigen Versammlung erscheinen werden.

#### Achtung, Schneider!

Die Differenzen bei der Firma Schäne sind beigelegt; bei Horn am Ulmermarkt befinden sie fort.

#### Mus der Umgebung.

##### Hoffstet-Urtiefe.

Genosse Hoff, Dresden, und Genosse K. Oberpesterwitz, ständiger Beamter des Sachsengerichts Döbeln unter der Anklage, wider die bekannte „Sachsolitarordnung“ der Amtschefschaft verstoßen zu haben, R. kam als Verfasser und R. als Mitarbeiter in Prag. Der Anklage lagen die Differenzen mit dem Wettermeister Wegner in Oberpesterwitz zugrunde. R. hatte im Herbst v. J. seiner Kund-

haft ergählt, daß er die Forderungen bewilligt habe. Als es sich dann herausstellte, daß dies unwahr ist, hatte R. davon gesprochen, daß er den Tarif anerkennen wolle. Darauf verhandelte ein Vertreter der Bäderorganisation mit R. Jedes geschlungen sich die Verhandlungen, da R. (wie er sich ausdrückte) nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern und Beamte als Kunden habe, die er jetzt befragen müsse.

Darauf wurde nur die einfache Tatsache bekannt gegeben, daß R. Tarifabschluß ablehnt. Ein weiteres Blugblatt mußte folgen, daß aus das erste von R. ein Gegengesetzblatt voller Unzulänglichkeiten vorgetragen war. Beide Blugblätter trugen am Schluß den Vermerk, daß in Pesterwitz nur die Bäder der Stadt verw. Richter als tariffrei gelten könne. Eine direkte Aufforderung, nur dort zu kaufen, fehlte.

Genosse R. sollte die Blugblätter „öffentlicht“ verbreitet haben. R. bestreitet dies ganz entschieden. Ebenso können Verlustungen behaupten, daß R. Blugblätter getragen. Nur der Generalberichterstatter Mauersberger behauptet, daß ihm die Haushaltswirtin (1) des R. gesagt, daß R. Blugblätter getragen. R. gibt zu, Blugblätter getragen zu haben, doch seien aber Parteiflugblätter zur Landesausstellung gewesen. Seine frühere Aussage hätte er irrtümlich und daß er auch nicht vor Gericht gewesen wäre, ohne jede Überlegung abgeschritten.

Das Gericht erkannte gegen R. auf 15 M., gegen R. auf 5 M. Die Begründung lautete ebenso wie in früheren Prozessen und hat zur Grundlage: Landeskraft gründet über Rechtsstreit.

Ein „liebenswürdiger“ Arbeitgeber

scheint Herr Emil Parzsch, Baumeister in Denzen bei Dresden, zu sein. Dieser betreibt dort ein Baumgärtner- und Holzhandel, in dem unter anderen auch Ruthen betrieben werden, die bei einer täglichen Arbeitszeit von 14—16 Stunden den „hohen“ Lohn von 22 M. beziehen. Zwei bis dreimal in der Woche wird die Arbeitszeit bis 11 und 12 Uhr nachts ausgedehnt. Dafür erhalten die Ruthen eine Ausbildung von Lage und Kreisbreite 50 Pf. insgesamt. Auch diese Ausbildung wird oft nur mit Mühe und Not erlangt. Differenzen mit Arbeitern sind in dieser Firma häufig vorhanden. Herr Parzsch ist daher auch oft auf dem Gewerbebereich zu finden. Die Behandlung seitens des Herrn Baumeisters dem Ruthen gegenüber kommt jeder Beschreibung. Der Herr erledigt sich, jeden zertelben mit „Du“ anzuregen. Das Geldmaus geht von früh an. Samstag fallen im Hof Ausbrände von Schäden, Eis, Rindvieh u. a. m. Andere gemachte Bedenken, die hier nicht wiedergegeben werden können, sind bei diesem „gebildeten“ Herrn an der Tagesordnung. Die Ruthen haben es gründlich satt, sich noch weiter von dem Herrn Baumeister so behandeln zu lassen. Sie verlan en um Recht anständige und humane Behandlung von ihrem Arbeitgeber. Es kann deshalb dem Herrn Baumeister Parzsch nur geraten werden, in seinem Betriebe sich einer anständigen und humanen Art der Behandlung zu beschließen, andernfalls er die Konsequenzen aus seinem Verhalten zu ziehen haben dürfte.

#### Achtung, Metallarbeiter!

In der Verwaltungsstelle Mügeln und Umgebung wurden als Delegierte zur Generalversammlung in Hamburg für den Wahlkreis Mügeln, Weißens und Auerbach Technik-Mügeln und Witz-Aldeleben gewählt. In Mügeln machten von 1750 Mitgliedern nur 390 von ihrem Wahlrecht Gebrauch, was nicht gerade von großem Interesse der Mitglieder für die Generalversammlung zeugt.

Die Maurer und Bauarbeiter in Kamenz und Umgebung sind geschlossen in den Ausland getreten, weil die Unternehmer die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit und dementsprechende Erhöhung des Lohnes abgelehnt haben. Die Differenzen im Bauwesen sind in Pirna und Umgebung beigelegt.

#### Inland.

##### Arbeitervertreter.

In England reißt gegenwärtig eine Anzahl sich Arbeitervertreter nennende Kirche-Dunkerische Gewerkschaften herum, die sich unter Führung des kaum bekannten Herrn Goldschmidt als die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aufführen und feiern lassen. Man las schon fortwährend in der bürgerlichen Presse von diesen „Arbeitervertretern“, ohne eigentlich recht zu wissen, was die Meister eigentlich seien. Nun ist es bekannt und man kann nur die Nichtigkeit der englischen Galgenbeobachtungen, die Vertreter einer kleinen und einschlägigen Sonderorganisation als die „Führer der deutschen Arbeiterschaft“ zu sehen. Man kann eigentlich von Leuten wie Burnham erwarten, daß sie die Bedeutungslosigkeit der Kirche in Deutschland kennen und wissen, daß es die freien Gewerkschaften sind, die die deutsche gewerkschaftliche Arbeiterschaft darstellen. Hier in Deutschland suchen die Kirche-Dunkerischen Gewerkschaften durch Herausbringen an Schriften usw. von sich reden zu machen und sich als stromende Ordnungsschädel den hochmütigen Leuten zu empfehlen, im Ausland wiesen sie sich als die Vertreter der auch im Ausland angehenden und bewunderten modernen Gewerkschaften Deutschlands auf. Ein ebenso lächerliches wie verächtliches Gebaren. Aber die Deutschen haben eben ein bisschen Respekt bringend nötig!

#### Maister-Ausperrung.

In der Wolgaster Holzindustrie sollten wegen Bekämpfung der Maister 132 Arbeiter ausgesperrt werden. Der erste Direktor der Fabrik hatte erst die Erlaubnis zur Maister gegeben, nachdem entweder der zweite Direktor im entgegengesetzten Sinne, 81 Arbeiter des Betriebes gehörten dem Fabrikarbeiterverbande an, bei dem Holzarbeiterverbande. Nach dreimaligem Verhandeln gelang es, die Direktion dahin zu bewegen, die angedrohte Ausperrung auf acht Tage zurückzunehmen.

#### Gelbe Gewerkschaftler gegen Arbeiterschubkonkurrenz.

Die Männer des gelben Gewerkschaftlers im Oberbergkreisort Dortmund, die den Bergarbeiter bei der Bekämpfung der Forderung auf Arbeiterschubkonkurrenz hilfreich zur Seite gestanden haben, sind enttäuscht, daß der Rat der Beratung die Vergesellschaftung ihrer Sonderorganisation nicht in Erfüllung gegangen sind. In einer in Bochum abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung wurde deshalb beschlossen, erneut an das Abgeordnetenhaus heranzutreten, um wenigstens einen Teil der gestellten Forderungen durchzusetzen.

#### Beschmelzung.

Der Konzern der polnischen Gewerkschaften, an dem die polnische Gewerkschaftsvereinigung mit dem Sitz in Bodom, der oberösterreichische Verein für gegenwärtige Hilfe und der Bozener Verband teilnehmen, besteht die Beschmelzung der drei Verbände zu einer Zentralorganisation.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Im Saarland e. N. e. steht seit dem 1. Mai jährliche Arbeiter im Stiel. Die Arbeiter richten am 26. April an die Direktion die Eingabe, worin um Abschaffung der vorhandenen trocken Wirkstände erjuckt wurde, ferner wurde eine geregelte Lohnzahlung verlangt. Bis zum 1. Mai von Seiten der Betriebsleitung keine Antwort erfolgte, legten die Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. In Böckel kommen circa 150 Arbeiter, die jährlich dem Verband der Fabrikarbeiter angehören sind. — Die Schiedsgerichte in Westfalen (Westfalen) haben die Arbeit niedergelegt, die ihnen die Einführung der zehntägigen Arbeitszeit niedergelegt, da ihnen die Einführung der zehntägigen Arbeitszeit niedergelegt, und eine Stundenlohn erhöhung von 8 Pf. abgeschafft worden war. Die Arbeiter im Ausland befinden sich von 23 Arbeitern 19. Die Arbeiter wurden durch das bräuse Verhalten des Unternehmers zum Streik gebracht. — In Schwann (Westfalen) ist ein Tarifvertrag

zwischen Arbeitern und Unternehmern der Siegesfeldindustrie zu Ende gekommen. Bei der Aufführung der Auffordröhne wurde u. a. die Mindestausgewerkt, daß ein Tagessatz von 20 Pf. pro 1000 Stück nicht mehr als Brutto und nur noch Gehalt der Campagne ausgeschafft werden darf, sondern regular als Lohnzufüllung gezahlt werden muß. — Das Düsseldorfer Gügewerk von Hüttenwerbung, wo bei Hüttenwerbung die Löhne um 70 Pf. pro Tag durchschnittlich niedriger sind, als in ähnlichen Düsseldorfer Werken. Die Streikenden sind im freien und zum Teil im öffentlichen Hüttenbetrieb verband organisiert. Zugang ist verhindert.

#### Ausland.

##### Im schwedischen Baumgewerbe

droht eine größere Auswirkung auszubrechen. Die Differenzen entstanden aus dem in Aussicht genommenen Reichsstaatsvertrag, der von den Unternehmen noch montiert wird. Es handelt sich um die Frage der Arbeitszeit. Die Arbeiter verlangen, daß dort, wo die Arbeitszeit bereits länger ist als 57 Stunden pro Woche, diese längere Arbeitszeit befristet bleiben sollen, während die Unternehmer durchweg für das gesamte Baumgewerbe auf einer 55-stündigen Arbeitswoche bestehen wollen. Die Unterschiede drohen, wenn die Arbeiter nicht bis 15. Mai ihre Forderung aufgezogen, sämtliche Bauarbeiter, plötzlich in West- und Südschweden ab 22. Mai zu streiken und am 23. Juni sämtliche bei Mitgliedern des Generalarbeiterverbandes Schwedens beschäftigte Arbeiter im ganzen Lande auszusperren. — Der Generalarbeiterverband Schwedens umfaßt nicht nur die sämtlichen Beamten, sondern auch das gesamte Handwerk, sowie einen Teil der militärischen Industrie.

#### ac. Ein Stütz wichtiger Gewerkschaftsarbeit

leben wir durch den Jahresbericht der Section Zwischen des Metallarbeiterverbandes kennen. Es ist das erneut, daß eine einzige schwedische Section einen gedruckten Jahresbericht herausgibt. Der Jahresbericht schlägt die Schwierigkeiten, die es leicht, die Kunden zu verhindern. Kleinlicher schwedischer Gewerkschaft der Metallarbeiter sträubte sich gegen die Verschmelzung, die im Jahre 1901 vorbereitet wurde. Von 400 in Branden organisierten Metallarbeiter schlossen sich zunächst nur 90 der allgemeinen Section an und ihre Zahl stieg bis 1904 erst auf 204. 1905 waren es 417, dann aber begann eine schnelle Steigerung bis 206, im Jahre 1907. Dann fiel sie trotz unter dem Einfluß des metallischen Wiederganges ein Wiederhersteller ein. Aber immerhin zahlte die Section 331 Mitgliederverlust ein. Aber immerhin zahlte die Section 331 Mitgliederverlust ein. Die hat im Jahre 1905 153 427 Franken vereinnahmt und 150 901 Franken verausgabt; sie besitzt ein ständiges Sekretariat mit mehreren Beamten, hat während des letzten Streiks eine Spender-Produktionsgenossenschaft gegründet und wird sich bei wichtigen Konjunkturen den Mitgliederverlust wieder einkämpfen.

#### Neues aus aller Welt.

Bromberg, 5. Mai. Die Strafkammer verurteilte einen 30jährigen Maler, der sich in 14 Fällen an Schulmädchen vergangen hatte, zu 3 Jahren Gefängnis.

Hildesheim, 5. Mai. Die Strafkammer verurteilte gestern den Bureauvorsteher Karl Bentz aus Goslar wegen Unrechts und Betrugs zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Elternverbote. Der Angeklagte war seit dem Jahre 1897 bei einem Juwelier angesetzt und hatte in Laufe des Falles fast 10 000 M. einfallen lassen. Er hat im Jahre 1905 153 427 Franken vereinnahmt und 150 901 Franken verausgabt.

Chemnitz, 5. Mai. Zwei große Waldbrände fanden gestern in der Nähe von Neukirchen statt, wobei etwa 1000 bis 1200 Meter Wald eingebaut wurden.

Mainz, 5. Mai. Gekauft wurde vor dem Amtsgericht gegen einen Hauptmann wegen Sittlichkeitsschrechens hinter verschlossenen Türen verhandelt. Nämlich ist noch nicht bekannt.

Marien, 5. Mai. Dem Oberhessischen Angestellten folgte sind der Ingenieur Hubert in Boden, seine Frau, seine zwei Kinder und das Dienstmädchen nach dem Brauch von getrockneten Pilzen, die Gründel im vergangenen Sommer in einem nahen Walde gesammelt hatte, erkauft. Frau Hubert und ihr Sohn sind bereits gestorben. Die übrigen Erben schwanken in Lebensgefahr.

Schneeburg, 5. Mai. Kurz vor 2 Uhr erfolgte in den Altenbacher Munitionswerken eine heftige Explosion. Der Altkoholraum flog in die Luft. Einige Stunden später explodierte das Laboratorium, worauf in kurzer Zeit die ganze Fabrik in Flammen stand. Bis jetzt sind fünf Tote und drei Verwundete geborgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Zahl der Opfer noch größer ist.

Schneeburg, 5. Mai. Zu der Explosion in den Altenbacher Munitionswerken wird noch berichtet: Das Feuer ist gelöscht, die Aufräumarbeiten sind bereits im Gang. Der Materialabtrieb ist ziemlich bedeutend; der Betrieb wird fortgesetzt. Außer den bereits geborgenen fünf Toten und drei Schwerverletzten befinden sich weitere Opfer nicht unter den Trümmern.

Mainz, 5. Mai. In einem Hause der Kapuzinerstraße ist der Polizeiabteilung folgende die epidemische Genußkarte ausgebrechen.

Ravensburg, 5. Mai. Der Ober schwäbische Angeklagte weiß, daß Beppeln II, der noch vor Pfingsten nach seinem Standort zu einer Fernfahrt nach Berlin aufbrach, am 15. und 20. Mai zu einer Fernfahrt nach Berlin aufbrach. Die Fertigstellung von Beppeln III, der für die Karlsruher Ausstellung bestimmt ist, wird bis zum Monat August erfolgen.

Antwerpen, 5. Mai. Gestern abend überbrachte ein Polizist einen Tipp, der verriet, daß ein Gewaltdelikt eines Gewerkschaftlers zu überprüfen sei. Der Polizist gab einen Schuß auf den Verdächtigen ab, als dieser nicht traf, schoß er zum zweiten Male, wodurch der Tipp auf der Stelle getötet wurde.

Lille, 5. Mai. In einem Hause der Kapuzinerstraße ist der Polizeiabteilung folgende die epidemische Genußkarte ausgebrechen.

Die gefährlichste Zeit des Säulingsalters ist die Periode der Johannis- und Entzündung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Die alte Abwehr bietet eine rationelle Erkrankung mit „Küche“ und Milch, wodurch die Verdauung

# Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein, A.-G.

## Kernseifen.

Weiße Talgkernseife	2 St. = ca. 1 Pf. 40 pf.
Gebl. Oranenburger Kernseife	2 Stad = ca. 1 Pfund 34 pf.
Weiße Harzkernseife	2 St. = ca. 1 Pf. 32 pf.
Vorliebende Seifen sind zweckmäßig rein und gut ausgebacknet. Man lasse sich bei diesem Artikel nicht durch etwas billigeren Preise bestechen. Nur die besten, gut ausgebackneten Seifen sind im Verbrauch den billigsten.	
Terpentin-Sparleite	Miegel 29 u. 54 pf.
Oberhälftelte	ca. 2 Pfund Miegel 23 pf.
Dresdner Haushaltseife	Miegel 54 pf.
Regerseife, als besonders preiswert befunden zu empfehlen	1-Pfd.-Pfet. 36 pf.
Elfenbeinseife „Elefant“	Stad 8 pf.
Vellichen-Kernseife	Stad 10 pf.
Sunlight-Seife	Stad 10 pf., Pack 25 pf.
Terpentin-Salmaikschmierseife	Pfund 25 pf.
Terpentin-Salmaikschmierseife	Pfund 28 pf.
Öbelner Schmierseife	Pfund 36 pf.
Wallerglas-Seife	ca. 1-Pfd.-Miegel 14 pf.
Ochtingall-Seife zum Befestigen von Flecken	Stad 7 pf., Miegel 25 pf.
Bimssteinseife	Stad 10 pf.
Luhns Abrader-Seife	Stad 10 pf.

## Seifenpulver.

Prima Seifenpulver	1/2-Pfd.-Pud 10 pf.
Dr. Thomasons Seifenpulver	1/2-Pfd.-Pud 15 pf.
Extrafeines Vellichen-Seifenpulver	mit Zugaben 1/2-Pfd.-Pud 15 pf.
Lätzich Salmaik-Seifenpulver	1-Pfd.-Pud 20 pf.
Globus-Seifenpulver	1-Pfd.-Pud 20 pf.
Dorns Seifenpulver „Krone“	mit Warten, ca. 1-Pfd.-Pud 20 pf.
Minisches Wachspulver (Belline Phénix)	1-Pfd.-Pud 25 pf.

Besonders zu empfehlende

## Waschmittel

die Seife und Soda sowie Ratenbleiche erhalten und mit welchen eine blendend weiße Wäsche erzielt wird. Garantiert chlorfrei u. unzündlich.

Revolta	Paket 25 pf.
Machs allein	Paket 30 pf.
Perill	Paket 35 und 65 pf.
Ozonit	Paket 35 und 65 pf.
Dixin	Paket 25 pf.
Clarax	Tube 10 pf.

## Soda.

Säurilite kristallisierte Soda	Pf. 5 pf.
Belle kalzinierte Soda	Pf. 7 pf.
Patent-Fein-Soda	2-Pfd.-Paket 12 pf.
Union-Bleichtloda	1-lbs.-Paket 10 pf.
Benkels Bleichtloda	1-lbs.-Paket 12 pf.
Blitzblank-Seltenland	Paket 8 pf.
Blitzes Scheuerpulver „Blitzblank“	Paket 20 pf.
Bimsstein-Seltenmehl	Paket 10 pf.

## Stärke.

Belle Adlerstärke zum Kochen und Backen	Pfund 25 pf.
Prima Weizenstärke	Pfund 32 pf.
Germania-Reisstärke	Pfund 32 pf.
Allerfeinste Reisstärke „Rafze“	Pfund 35 pf.
Brillantglanzstärke	Paket 12 pf.
Machs Doppelstärke	2 Karton 1/2 Pf. 22 pf., 2 Pf. 44 pf.
Hoffmanns Silberglanzstärke	Karton 15 pf.
Hoffmanns Cremelstärke	Karton 20 pf.

## Pomaden.

Vateline- und Rolen-Pomade	große Dose 8 pf.
Weiße Vellichen-Haar-Pomade	große Dose 8 pf.
Vellichen-, Rolen-, Fleder-, China-Haar-	
Pomade	Glas 10 pf.
Feines Blumen-Haaröl	Glas 9 pf.

## Kettenstern-Lanolin-Toilette-Creme

Schwämme	besser Qualität und in größter Auswahl, als: Schulatücher, Kinder-, Wasch- und Badeschwämme	Stad von 3 an
Luffah	Stad 15 und 25 pf.	
Kallerborax-Wundpulver	Paket 20 und 50 pf.	

Auf vorstehende Preise **6 Prozent Rabatt** in Marken.

## Wasch-Artikel.

Better reiner Borax	Pfd. 30 pf.
Globus-Borax, doppelt raffiniert	Karton 10 pf.
Kaller-Borax	Karton 10, 20 und 50 pf.
Creme-Farbe 1. Kärt. b. Gerd. Beutel	8 und 14 pf.
Flüssige Creme-Farbe	Stoffen, St. 10 u. 25 pf.
Qualifiziert Creme-Farbe	Spulen zäh, eine probt.
Schrimmers Eßlin-Selte	Stück 30 pf.
Globus-Bottischen-Gitterner	entfernt leicht jeden Rost- und sonst. Fleck aus der Wäsche ohne das Gewebe anzureißen.
Allerbestes Ulramarin-Wachblau	Stad 15 pf.

## Toilette-Seifen.

Feine Toilette-Selte „Schlauber“	Stad 1 pf.
Lanolin-Selte	Stad 1 pf.
Toilette-Fettseife „Rinn' mich mit“	Stad 1 pf.
Familien-Selte, sehr fein und mild	Stad 10 pf.
Maedel-Selte, Kokos-Selte, Glyzerin-Selte, St. 9 u. 10 pf.	
Mandel- u. Glyzerin-Selte in Rieg. Riegel 20 u. 30 pf.	
Kinder-Selte, ganz mild	Stad 15 pf.
Lanolin-Goldcreme-Selte, Paket mit 3 Stad 60 pf.	
Buttermilch-Selte, sehr mild	Stad 25 pf.
Dr. Starks Welt-Selte	Stad 20 pf.
Blumen-Fettseife in eleg. Ausstattung	Stad 20 pf.
Thieracks Fettseife	Stad 20 pf.
Ellen-Haltermehl-Toilette-Selte	Stad 20 pf.
Fieder-Selte, feindes Parfüm	Stad 20 pf.
Rosmos-Selte	3 Stad 10 pf.
Neroli-Fettseife	Stad 25 pf.
Ela-Vellichen-Glyzerin-Selte	Stad 25 pf.
Radebeuler Lillianmilch-Selte	Stad 10 pf.
Kallerborax-Toilette-Selte, hochfein	Stad 50 pf.

## Schuhlacke und Cremes.

Prima schwarze Leder-Appretur	Glas 25 pf.
Prima Kaller-Lack weiß, schwarz, Lederverdick., St. 10 pf.	
Prima Strandlack-Lack, gelb, orange, rot, St. 10 pf.	
Die Glöckchen sind mit Schwammfinger versehen.	
Prima Strandlack-Creme	
gelb u. orange (Cubaline)	Dose 10 pf.
Prima Leder-Creme, orange, gelb, braun, weiß	Schraubenglas mit Nadeldeckel 20 pf.
Boxcall-Leder-Creme, schwarz, Schranken-	glas mit Nadeldeckel 25 und 50 pf.
Boxcall-Dressing	Glas 25 pf.
Kavaller, die Krone aller Lederputzmittel, Dose 15 pf.	
Urbin, neust. sehr preisw. Lederputzmittel, „ 10 pf.	
Auftragshörse dazu	6 pf.

## Lederfette und Wichse.

Prima Juchten-Lederfett	große Dose 12 pf.
Weiße Lederfett	große Dose 10 pf.
Jagdmühle, schwer	Dose 8 und 20 pf.
Belle Stiebelwiche	große Dose 6 pf.
Echte Perleberger Stiebelwiche	Kopf 10 u. 20 pf.

## Diverses.

Globelline, beste Ofenschwärze	Dose 10 pf.
Enameline, Brillant-Otenglas	Dose 10 pf.
Gargoyle-Fahrrad- und Nähmaschinen-Oel	Flaschen mit Spritz 40 pf.
Nähmaschinen- und Fahrrad Oel	Glas 15 pf.
Hoyer Solarine-Futz-Creme	Glasche von 10 pf. an.
Meyers Solarine-Emalje-Pulz	Stad 10 pf.
Suponia, Servozeug, Metallspuckmittel	Stad 15 pf.
Kettenstern-Selte, Stück 20 pf.	
Creme, Tube 10 u. 20, Dose 8 u. 15 pf.	
Butterbrotpapier	Pack 15 pf.
Kalter-Filtrierpapier	Pack 45 pf.
Nietpapier	Pack oder Roll 45 pf.
Beim, beste Qualität	Pfund 45 pf.
Dextrin	Pfund 25 pf.

## Kanarien-Edelroller

hochsteine Top- und Radialräder mit langem zarten	
Porträt, sowie starke, gebr. und	
zuechtähnliche, Stahl	
Leifert, gibt billig ab	
Karl Eichholz	
Dresden-M., Nebelstraße Str. 33, II.	

R. Michel

## Spezialität: Damenhüte

# 2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Rk. 102.

Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1909.

20. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

258. Sitzung. Mittwoch den 5. Mai, 8 Uhr nachmittags.  
Am Bundesstaatlich: Dr. Niederbing.

Eine Beratung des Gesetzentwurfs über die Haftung des Reiches für seine Beamten.

Staatssekretär Dr. Niederbing befürwortet den Entwurf, der die unmittelbare Haftung des Reiches für den durch Reichsbeamte in Ausübung von Amtsbefugnissen verursachten Schaden regelt.

Die Abgeordneten Dr. Brünthaler (Reichsp.), Dr. Jundt (coll.), Dr. Spahn (Bentz.), Dr. Brodhausen (coll.), Ohlying (freil. Volksp.) und Röhl (wirthl. Vereinig.) erklärten sich mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. Stabholz (Soz.): Auch wir stimmen dem Antrage zu. Der einzelne Bürger kann sich den Beamten nicht auswählen, der ihm gegenüber eine öffentliche Tätigkeit ausübt. Daraus folgt logischerweise, daß derjenige, der den Beamten mit der Ausübung dieser Tätigkeit betraut, auch dafür haften muß, wenn im widerrechtlichen Weise jemand verletzt ist. Dieser Gedanke ist im Volle außerordentlich lebhaft und stark. Leider hat die Regierung diesen Gedanken auf die Haftbarkeit des Reiches beschränkt. Es ist fraglich,

wie es in der Kommission gelingen wird, die Ausdehnung auf die Bundesstaaten zu erlangen. Schon 1896 habe ich dargelegt, wie notwendig es ist, daß die Haftung des Staates für die Handlungen seiner Polizei und anderer Beamten ausgedehnt wird, wenn es sich um Eingriffe in die persönliche Freiheit handelt. Wenn z. B. schärfstigerweise Untersuchungshaft verhängt oder ausgedehnt wird,

so ist es nicht einzusehen, weshalb der Staat nicht haften soll. Gott täglich werden unberechtigte Verhaftungen von unserer Polizei vor-

genommen, welche eine gewisse Übung darin hat, eine Menge solcher Leute zu verhaften, die nicht schuldig sind, und dafür die Schuldigen nicht aufzufinden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat aber damals unseren Antrag abgelehnt, aus Furcht, daß an Stelle des Unrechts des Rechts Gefahr werden könnte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Doch die Personen des Soldatenstandes im Sinne dieses Gesetzes den Reichsbeamten gleichstellen. Mit Freuden zu begrüßen. Eine Folge würde sein, daß die Wissenschaften und aufsatz des Kabinettsehors zu kümmerlichen Erfolgen nicht mehr einen Reiz gegen allein gegen den unmittelbaren Schuldigen, sondern nunmehr auch an das Reich haben. Dieser Reiz wird vielleicht Anlaß geben, daß gegenüber solchen Sachverhalten anders eingegriffen werden wird als bisher. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Erschöpfende Behaupten bestehen gegen Biffer 8, wonach das Gesetz keine Anwendung findet, "soweit es sich um die Tätigkeit eines mit Angelegenheiten des auswärtigen Dienstes befassten Beamten handelt, welche die Gewährung des Schutzes gegenüber dem Auslande zum Gegenstand hat, eben durch die auf eine ausländische Nachschwörerfahrt zu nehmende Flucht veranlaßt ist". Daß die Haftung des Reiches entstehen wird, wenn einem im Ausland befindlichen Deutschen entstellt ist, der Schutz verlässt, ist absolut nicht einzusehen. (Aufsummung b. d. Soz.) Wenn der Deutsche kein Arbeiter, sondern Einzelhändler der bürgerlichen Klasse ist, so werden allerdings jene Zweckabsichten hingeschobt. Hier aber will der Entwurf eine Rechtsverfügung von ganz ungeheuerlicher Art. (Aufsummung b. d. Soz.) Das bedeutet geradzu: die Beamten des Auswärtigen Amtes sind nicht der Deutschen wegen da, sondern der Bureaucratie und der Gehälter wegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich hoffe, daß diese Ausnahmestellung in der Kommission bestimmt wird.

Ich hoffe ferner, daß es gelingen wird, die Haftpflicht in dem Sinne auszudehnen, wie wir es im Jahre 1896 beantragt haben. Leider haben wir bisher keine Richter aus dem Volke, und deshalb brauchen wir solche Gesetze. Dieses hier ist wenigstens kein Mangel, und wir werden ihm daher hoffentlich mit den angebundenen Erweiterungen zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Gesetzentwurf geht an die Justizkommission.

Es liegt die dritte Beratung des Nobell zum Gerichts-

berfassungsgesetz, der Zivilprozeßordnung und der

Gebührenordnung für die Rechtsanwälte. In der Spezial-

debatte begründet

Abg. Schmidt-Worburg (Bentz.): Ein Antrag auf obligato-

rische Gewährung des Armentreches in Poldernfällen bei Gege-

nständen über 300 M. sowie auch in den Fällen, in welchen die Gege-

nvariété einen Anwalt hat. Die Gewährung des Armentreches dürfe

nicht vom Erneffen des Richters abhängen.

Staatssekretär Dr. Niederbing wendet sich gegen den Antrag.

Abg. Heine (Soz.): Der Antrag Schmidt-Worburg läuft un-

gefähr auf das hinaus, was meine Freunde bei der zweiten Lefung hinzugefügt haben. Ich befürchte nicht, warum der Herr Staatssekretär dagegen protestiert, doch die Frage, ob arm oder reich hinzugezogen wird. Es handelt sich um eine Konsequenz aus der Bewilligung des Armentreches, und da ist es ganz unerlässlich, daß die Partei, um deren Interesse es sich handelt, eben eine arme sein muß. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich kenne viele Richter, die aus bürgerlichen

Gleichgültigkeit oder Überleistung mit Geschäftsmännern nicht mit der Seele und dem Interesse an die Sache herangehen, welche not-

wändig sind und welche schematisch die Anträge auf Beirothung eines Rechtsanwalts oder Anwalts abschließen pflegen. Notwendlich bei Alimentenprozessen ist das wichtig. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Vertretung der aufzuhaltenden Kinder wird meistens außer-

ordentlich falsch geführt. Der Antrag Schmidt-Worburg ist ganz

unbedenklich dadurch, daß die Beirothung nur dann erzielt werden soll, wenn auch die andere Partei einen Anwalt hat. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. v. Ditzemburg (Vole) stimmt dem Antrag gleichfalls zu.

Staatssekretär Dr. Niederbing, Abg. Dove (frei. Vereinig.).

Abg. Dr. Bloch (frei. Volksp.) wenden sich gegen den Antrag.

Abg. Gräber (Bentz.): Die Einzelnde schicken weit über das Ziel hinaus. Der Antrag entstammt einem warmer Schrift für die Armen und nicht dem Interesse, wie so manche andere Par-

agraphen. (Zustimmung im Bentzum.)

Abg. Dr. Heine (nail.) wendet sich gegen den Antrag.

Abg. Dr. Heine (Soz.): Die Angst des Vorredners, die Prozeße

würden bei Annahme des Antrages länger dauern, wenn der armen Partei ein Anwalt bewilligt würde, bedenkt mich nicht überzeugen können.

Abg. Treiger (frei. Volksp.): Ein Teil meiner Freunde wird

für den Antrag stimmen. Es handelt sich um eine soziale Tat und ich bitte Sie, dem Antrag beizutreten.

Der Antrag wird durch Abmildung vorgenommen.

Es liegt ein weiterer Antrag vor, die Raubholzgebühr für

Schreinergeschenk für Rechtsanwälte bei Zwangsvollstreckungen von

1 M. auf 2 M. zu erhöhen.

Abg. Heine (Soz.): Im Interesse der Bureaucratischen stimmen wir diesem Antrag zu.

Der Antrag, sowie der Rest des Gesetzes werden nach den Be-

schlußen der zweiten Lefung angenommen.

Es wird ferner in dritter Lefung der Gesetzentwurf betreffend

Sicherung der Bauvorleihungen angenommen.

Das Haus berichtet sich auf Donnerstag 2 Uhr. (Antrag Spez-

betreffend Mühlenumstichtuer.) - Schluss 7½ Uhr.

## Parteangelangenheiten.

Unmögliches Polexit.

Der Vorwärts bringt folgende Polemit:

„Wöppen als Marxist und Darwinist.“

In einem Artikel Edmund Fischer in Hs. 9 der Sozialistischen Monatsschrift, der „Der Entwicklungsbedarf“ betitelt wird, und in dem der Verfasser das von vielen anderen vorausgedachte Miverständnis ausdrückt, daß der Marxismus als ein auf den Entwicklungsbedarfen gegründetes System den Gedanken der revolutionären Umwälzung seindlich ist, finden wir folgende Perle, die verdient einer weiteren Hervorhebung gereicht zu werden:

„... So wird noch Marx und Engels die sozialistische Gesellschaft kommen: wenn die oben angeführten Bedingungen erfüllt sind. Aber wie in der Welt sind dann diese Voraussetzungen heute? Wer kann sie finden? Marx und Engels sie allerdings selbst schon vor einem Menschenalter. Der Widerspruch zwischen der modernen Wissenschaft und dem Gedanken Marx und des illustrierten Hoffnungen des Politikers Marx ist eine physiologische Erkenntnis, die man bei vielen Gelehrten finden kann. Es gab auch „Darwinisten“, die vertraten, daß ein Affen einen Menschen zu machen, wobei es ganz außer acht ließen, daß eine solche Entwicklung, wenn sie überhaupt jemals stattgefunden, sich im Verlaufe von Jahrtausenden vollzogen hat.“

„... Es gab auch „Darwinisten“, die versuchten, aus einem Affen einen Menschen zu machen...“ Ein Mensch, der solchen von fröhlicher Natur zeugenden Lust zu Marxs bringt kann, scheint über den Entwicklungsbedarfen, welche über Karl Marx und legt ihn mit völligem Karren gleich, die von den Entwicklungsbedarfen der Natur nicht die leisste Ahnung haben. Edmund Fischer hat freilich den milderen Umlauf zur Seite, daß er nicht weiß, welch unerhörten Schimpf er Marx antut. Über vom Herausgeber der „Sozialistischen Monatsschrift“, dem Dr. Bloch, der dieses Zeug annahm, kann man doch wohl verlangen, daß er besser verschlossen ist! Er sollte wissen, daß ein Darwinist, selbst ein solcher in Sämtlichen, niemals auf den Gedanken kommen kann, aus einem Affen einen Menschen zu machen. Für das Gegenteil wollen wir freilich nicht garantieren.“

Und liegt die betreffende Nummer der Soz. Monatsschrift noch nicht vor. Wir wollen dem Vorwärts auch durchaus die Berechtigung lassen, sich gegen diese Ausführungen des Genossen Fischer zu wenden. Wir müssen jedoch die Methode seiner Polemit entschieden zurückweisen. Das ist keine sachliche Auseinanderziehung, sondern eine Beschimpfung. Man sage nicht, es handle sich um den „guten Ton“. Es handelt sich vielmehr darum, ob Parteigenossen, die eine abweichende Meinung äußern und wäre es eine sehr ungünstige und sehr falsche Meinungsäußerung, in ihrer ganzen Persönlichkeit beleidigend herabgesetzt werden dürfen. Wie sollen unsere Parteigenossen in dem Wahlkreis, wo der vom Vorwärts angestrichene Reichstagskandidat ist, ihre Agitation erfolgreich betreiben, wenn den Gegnern derartige Waffen in die Hände geplattet werden? Diese Polemit erinnert an die übelsten Seiten von 1907 und wir erachten im Parteinteresse dringend, sollte

Keine amtliche Publikation in einem sozialdemokratischen Blatte.

Die vorstehende Stadtverordnetenversammlung in Bünde und Halden beschlossen, die amtslichen Publikationen auch unserem Parteiorgan, der Volksstimme, zu geben und dafür 200 M. bewilligt. Der Magistrat trat aber dem Beschlüsse nicht bei, und nun hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ihren ersten Beschluss wieder aufgehoben. Dabei stellte sich heraus, daß die Mehrheit von vornherein mit der Ablehnung durch den Magistrat gerechnet und sich nur zum Toga des gleichen Rechts gehüllt hatte.

## Beschwerde.

Bei der Reichstagssitzung 1908 brachte auch der parteilose Journalist in Bremen eine Annonce des sozialdemokratischen Wahlkomitees: „Morgen kann nur Otto Heine gewählt werden!“ Unser Bremener Parteiblatt hatte nur erfahren, daß diese Annonce ein ehrliches Nachspiel für den Verleger des Bremenser gebürtig ist. Es schrieb deshalb unter dem 20. Mai v. J. unter der Schilderung: „Der parteilose Referendumssammler, einen Artikel, in dem es behauptete, der betreffende Verleger Altenmueller sei aufgefordert worden, seinen Abschied als Deputant der Reserve einzutreten, ce habe dann die wehrmäßige Entschuldigung gebeten, die ihm dann auch gewährt worden sei. In diese Mitteilung habe es dann einige Bemerkungen über die Charakterlosigkeit der bürgerlichen Partei u. u. geknüpft.“ Der preußische Kriegsminister ging nun gegen den verantwortlichen Redakteur des Bremer Volksblattes, Genossen Steinampf, mit Beleidigungslage vor. Der Gericht wurde dann festgestellt, daß Altenmueller nicht zum Abschied aufgefordert worden sei; der Oberst beim Regimentskommando habe nur die Dienstzeit über diese Annonce zur Rede gestellt. (1) Darauf habe Altenmueller erklärt, er sei an dem fraglichen Tage vereilt gewesen und habe deshalb die Aufnahme nicht verhindern können. Diese Antwort ist dann bei einer Dienstversammlung den Rechtsanwälten mitgeteilt worden. Diese Feststellungen genügen, um Steinampf wegen der Beleidigung in drei Fällen und über Nachrede zu 2 Monaten Gefängnis zu verurteilen. — Gegen dieses Urteil hat Genossen Steinampf Rechtsanwalt eingezogen und er erzielte beim Reichsgericht die Aufhebung des Urteils, weil unmöglich in diesem einen Artikel drei Fälle der Beleidigung als selbständige Handlungen enthalten sein könnten.

Die ungarische faschistische Zäkeration der Vereinigten Staaten hat durch Abstimmung, an der sich sämtliche Parteien beteiligten, beschlossen, sich mit der sozialdemokratischen Partei zu vereinen, und sich den verschiedenen Staatsorganisationen anzuschließen. Die gegenwärtige Form der ungarischen Zäkeration wird beibehalten, um auch ferner die Landesvereine, welche die englische Sprache nicht mächtig sind, der Organisation zuzutreten.

Ein internationaler Kongress für Gewerbeunfälle

wird als zweiter seiner Art in der letzten Woche des Mai in Rom abgehalten werden. Der erste Kongress, der genauer den Titel „Internationaler Medizinischer Kongress für industrielle Unfälle“ führt, tagte in Lüttich und führte zur Einsetzung eines Ausschusses, der mit der Verantwortung mehrerer Versammlungen betraut wurde. Der Zweck dieser Konferenz beruht auf dem Gedanken, daß die medizinische Wissenschaft schuldig ist, ihr Bestes für eine gerechte Anwendung der sozialen Gesetze, für den Schutz der Arbeit und für eine gezielte Entwicklung der Industrie und des sozialen Wohlstandes zu tun. Der Ausschuss hat nach diesem Grundsatz folgendes Programm zur Erörterung aufgestellt: Die Organi-

sation eines ärztlichen und chirurgischen Dienstes zur Behandlung von Gewerbeunfällen und die Festlegung der Grundfälle, von denen die Sachverständigen geleitet werden sollten; Diagnose und Prognose von Nervenerkrankungen durch Gewerbeunfälle; die Abschätzung der Arbeitsfähigkeit vor und nach einem Unfall; die Bearbeitung des Einflusses der Folgen eines Unfalls mit Rücksicht auf die Entwicklung von neurosen Erkrankungen im Gefolge einer durch Unfall eingetretene Verletzung; statische Beobachtungen vom ärztlichen Gesichtspunkt mit Bezug auf die Anwendung der Gesetze über Gewerbeunfälle; die Fähigkeit von Organen, die durch Gewerbeunfälle verletzt wurden sind, noch weitere nützliche Arbeit zu leisten. Die Mitglieder des konzessiven Kongresses werden aufgefordert, Vorträge über Fragen und Tatsachen zu halten, die mit diesem Programm in Verbindung stehen. Vorsitzender des Kongresses ist Professor Salvatore Ottolenghi.

## Versammlungen.

Düsseldorfer. Am Sonntag den 2. Mai tagte im Gasthaus zur Reichskrone eine vorzüglich besuchte Volksversammlung. Tagordnung: 1. Die Finanzreform. 2. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Anlaß zu dieser Versammlung hatten Anwälte der Wehrzeitung und ein mit „Einige nationale Arbeit“ gezeichnetes Plakat gegen die Partei, Gemeinschaft und unseres Abgeordneten gegeben. Leider konnte der als Redakteur ausgetretene Genosse Hörr wegen Krankheit nicht erscheinen. In seiner Stelle sprachen die Genossen Baumann über den ersten und zweiten Teil der Tagordnung. Einleitend wies Genosse Baumann darauf hin, daß Herr Redakteur Jähne von der Wehrzeitung eingeladen war und wir gekommen, mit ihm zu diskutieren. Leider war Herr Redakteur Jähne nicht erschienen. (1) Zur Finanzreform sprach Genosse Baumann aus: Permanent sei es Aufgabe des Reichstags, Aufbau nach neuen Steuerprojekten zu halten; leider habe es den Anschein, daß er zur Steuerbefreiungsmittel gemacht wurde. Auch in der Zeit seit 1900 000 M. neue Steuern bewilligt werden. Die bestehende Klasse hat im Reich über Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (2) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (3) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (4) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (5) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (6) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (7) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (8) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (9) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (10) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (11) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (12) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (13) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (14) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (15) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (16) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (17) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (18) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (19) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (20) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (21) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (22) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (23) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (24) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (25) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (26) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (27) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (28) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (29) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (30) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (31) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (32) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (33) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (34) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (35) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (36) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (37) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (38) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (39) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (40) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (41) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (42) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (43) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (44) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (45) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (46) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (47) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (48) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (49) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (50) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (51) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (52) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (53) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (54) Zur Steuerbefreiungsmittel gesprochen. (55) Zur Ste





